

Axel Ulrich

Kampf gegen Hitler

Zum politischen Widerstand gegen das NS-Regime im Rhein-Main-Gebiet

Die allgemeine öffentliche Rezeption des gegen das „Dritte Reich“ geleisteten Widerstandes reduziert sich noch immer weitgehend auf die Flugblattpropaganda der „Weißen Rose“ sowie die Neuordnungsdiskussionen des überparteilichen „Kreisauer Kreises“, auf manche Oppositionsbekundung aus dem kirchlichen Bereich und besonders auf den im Zusammenhang mit dem „20. Juli 1944“ entfalteten Widerstand aus dem Militär sowie dem konservativen und liberalen Bürgertum, ergänzt höchstens noch durch Verweise auf die Beteiligung angeblich nur einiger weniger Sozialdemokraten und Gewerkschafter an jener Verschwörung. Seit einiger Zeit ist zudem der Widerstand der Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas verstärkt in den Blickwinkel gerückt. Gleiches gilt für den Attentatsversuch Georg Elzers auf Hitler vom 8. November 1939, wobei wiederum nur Fachleuten bekannt sein dürfte, dass während der gesamten NS-Zeit mehr als 40 solcher Anschläge auf den Diktator vorbereitet und dann doch nicht durchgeführt wurden oder sonst wie gescheitert sind. Vor allem der von den 1933 illegalisierten Organisationen der Arbeiterbewegung ausgehende antinazistische Widerstand, der bereits weit vor der Machtübertragung an Hitler einsetzte, wird nach wie vor – außer in einschlägigen Monografien, die freilich in Hülle und Fülle vorliegen¹ – nur höchst schemenhaft wahrgenommen. Dass dieser sogar – trotz verhaftungs- und später außerdem kriegsbedingter Schwankungen hinsichtlich seiner Intensität wie auch mitunter mit temporären Unterbrechungen – bis in die letzte Kriegsphase hinein nachweisbar ist, stößt bis heute selbst bei manchen Widerstandshistorikern auf Skepsis. Ebenso wird – trotz einer überwältigenden Vielzahl entsprechender Hinweise – noch immer nicht gebührend gewürdigt, dass der „20. Juli“ keineswegs allein eine gemeinsame Aktion von oppositionellen Militärs und Vertretern des konservativ-liberalen Bürgertums war, sondern sich gleichermaßen auf eine hauptsächlich von Wilhelm Leuschner und seinen Mitstreitern in jahrelanger zäher Kleinarbeit geschaffene, im ganzen Reichsgebiet weit verzweigte zivile Widerstandsstruktur stützen konnte, in die hie und da schließlich noch einzelne bürgerliche Regimegegner bzw. lokale bürgerliche Oppositionszirkel eingeklinkt wurden. Eines der wichtigsten Zentren jenes im Kern

1 Überhaupt dürfte gerade die NS-Zeit die deutsche Geschichtsforschung in den zurückliegenden Jahren wie kaum ein zweites Thema beschäftigt haben. Auch zum antinazistischen Widerstand in all seinen Facetten liegt inzwischen eine beeindruckende Fülle von lokalhistorischen und überregionalen Monografien und Dokumentationen vor, ebenso an Biografien und Autobiografien, und auch an sehr nützlichen Lexika, Sammeleditionen, Quellensammlungen und Überblicksdarstellungen fehlt es nicht, siehe hierzu: MICHAEL RUCK: Bibliographie zum Nationalsozialismus. 2 Bde. u. CD-ROM. Vollst. überarb. u. wesentl. erw. Ausg. Darmstadt 2000.

sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Vertrauensleutesystems erstreckte sich auf die späteren Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz mit deutlichem Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet.

Während inzwischen der Widerstand im Bereich Hessens in seinen mannigfaltigen Ausformungen als recht gut erforscht bezeichnet werden kann,² steht die Widerstandsforschung für Rheinland-Pfalz erst am Anfang.³ Die ungleich günstigere Forschungslage im Bundesland Hessen hat sich freilich bislang kaum auf die dortige allgemeine Widerstandsrezeption ausgewirkt. Die angesprochene Wahrnehmungsverengung hinsichtlich des antinazistischen Widerstandes offenbart sich hauptsächlich in den Medien, den Ansprachen von Politikern und sogar von Wissenschaftlern beispielsweise anlässlich von Gedenktagen⁴, aber auch in Schulbüchern⁵ und anderen Unterrichtsmaterialien. Dort wird in der Regel ein Widerstandsbild produziert, das der historischen Wirklichkeit nur rudimentär entspricht. Zu einem gewissen Teil resultiert dies sicherlich aus dem Diktat der Kürze bzw. Prägnanz, das für Presstexte, Politikerreden, Unterrichtswerke usw. allesamt gilt. Aber selbst wissenschaftlich fundierte Überblicksdarstellungen zum Widerstand in seiner Gesamtheit vermögen nur punktuell bis zur Ebene der Städ-

-
- 2 Einen Einstieg in den aktuellen Forschungsstand ermöglichen die dem Widerstand gewidmeten Beiträge in: RENATE KNIGGE-TESCHE/AXEL ULRICH (Hrsg.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Frankfurt/M. 1996. – Siehe außerdem: URSULA KRAUSE-SCHMITT/JUTTA VON FREYBERG u.a.: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Hessen I: Regierungsbezirk Darmstadt; Hessen II: Regierungsbezirke Gießen und Kassel. Frankfurt am Main 1995 u. 1996.
 - 3 Siehe hierzu u.a. die Beiträge von ANGELIKA ARENZ-MORCH und HANS BERKESSEL sowie von GÜNTER BRAUN, BEATE DORFEY und ANTON MARIA KEIM in: HANS-GEORG MEYER/HANS BERKESSEL (Hrsg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Bd. 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit“. Mainz 2000; ebenso: GÜNTER BRAUN: Sozialdemokratischer und kommunistischer Widerstand in der Pfalz. Illegale Organisationsansätze und politische Traditionswahrung der Arbeiterparteien unter dem NS-Regime. In: GERHARD NESTLER/HANNES ZIEGLER (Hrsg.): Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Landau/Pfalz 1993, S. 377-411. – KLAUS J. BECKER: Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946-1956. Mainz 2001 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 22) bietet einen Überblick zur KPD zwischen 1933 und 1945 in ihren Bezirken Baden-Pfalz sowie Saarpfalz bzw. später Mittelrhein-Saarpfalz, dort: S. 56-77. – Besonders ist zu beklagen, dass die einst dem KPD-Bezirk Hessen-Frankfurt zugehörige Region Rheinhessen und damit sogar Mainz von der Widerstandsforschung bislang fast völlig ausgeblendet wurden.
 - 4 So behauptete Hanno Loewy vom Frankfurter Fritz Bauer Institut in seinem Beitrag „Nationales Erinnern und regionale Gedenkstättenarbeit. Der nationale Gedenktag am 27. Januar und seine Bedeutung für die regionale Aufklärungsarbeit über den Nationalsozialismus“ während der Fachtagung, welche die Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz anlässlich der Eröffnung der zentralen Gedenkstätte für dieses Bundesland in Osthofen am 19. und 20. November 1996 in Mainz sowie in Osthofen zur „NS-Vergangenheit in Rheinland-Pfalz“ durchführte, lapidar: „Der deutsche Widerstand war banal.“
 - 5 Zu den – trotz mancher während der letzten 25 Jahre hinsichtlich der Darstellung des deutschen antinazistischen Widerstandes im Schulbuch erzielten Fortschritte – diesbezüglich noch immer vorzubringenden Monita siehe beispielsweise: KARL HEINZ JAHNKE: Vergessenes? Der europäische Widerstand 1939 bis 1945 in deutschen Geschichtslehrbüchern. Frankfurt/M. 2001, S. 41ff.

te und Gemeinden mit deren jeweiligen Besonderheiten herabzudringen und streifen auch nur äußerst selten einmal exemplarisch die Situation in einem regionalen Strukturzusammenhang. Dadurch reduziert sich die Zahl der von ihnen wahrgenommenen Widerstandshandlungen drastisch, und es verengt sich außerdem der Kreis der dort dokumentierten Personen zwangsläufig auf die führenden Protagonisten, was nur gelegentlich durch zumeist recht spärliche Hinweise auf deren tatsächlich oft doch erstaunlich großen personellen bzw. organisatorischen Hintergrund zu kompensieren gesucht wird. Andererseits fehlt lokalhistorischen Darstellungen und Dokumentationen zum Widerstand vielfach der Blick für regionale und überregionale Zusammenhänge, was hier ebenfalls häufig zu eklatanten Wahrnehmungsverzerrungen führt. Die Darstellung des Widerstandes in einem regionalen Strukturkontext hingegen vermag als Scharnier zu fungieren zwischen lokaler und überregionaler Darstellungsebene und bietet dabei noch am ehesten die Chance, ein historiografisch angemessenes Bild der antinazistischen Aktivitäten jener zwar unbestritten kleinen Minderheit des deutschen Volkes während der Jahre 1933 bis 1945 nachzuzeichnen, zu der insgesamt doch wenigstens mehrere Hunderttausend Frauen und Männer zu zählen sind.

Am Beispiel des Rhein-Main-Gebietes, das in seinem größeren, hessischen Teil eine der lokalhistorisch am besten erforschten Regionen Deutschlands überhaupt ist,⁶ lässt sich exemplarisch sehr gut veranschaulichen, wie viele verschiedene Organisationen und Gruppierungen und dementsprechend auch wie bemerkenswert viele Regimegegner dazu bereit waren, dem „Dritten Reich“ politischen Widerstand entgegenzusetzen. Die Region wird im Norden begrenzt durch den Taunus, sie reicht im Westen bis zum Rheingau bzw. nach Rheinhessen mit den Städten Wiesbaden und Mainz, schließt im Süden Darmstadt ein und greift über ihr Zentrum Frankfurt östlich hinaus bis etwa nach Offenbach, Hanau und Aschaffenburg. Politisch gehörte das Gebiet seinerzeit zu den beiden Regierungsbezirken Wiesbaden und Kassel der preußischen Provinz Hessen-Nassau sowie zum Volksstaat Hessen, den die Nazis dann allen Ernstes in „Freistaat Hessen“ umbenannten. Es handelte sich schon damals um einen industriellen Ballungsraum mit einer entsprechend starken Arbeiterbewegung, was unmittelbare Auswirkungen hatte auf Sozialstruktur und politische Ausrichtung des dort geleisteten Widerstandes. Dessen Anfänge, also die antinazistischen Aktivitäten während der Weimarer Zeit, können hier nicht behandelt werden. Gleiches gilt für die erste Zeit unmittelbar im Anschluss an die Machtübertragung an Hitler

6 Siehe hierzu: VOLKER FABRICIUS/HORST STEFFENS (Projektleitung u. Red.): Nationalsozialismus in Hessen. Eine Bibliographie der Literatur nach 1945. Durch V. FABRICIUS u. BARBARA WILHELMI wesentl. erw. u. überarb. Neuaufl. der Erstveröffentlichung (zusammengestellt von ROLF ENGELKE u. H. STEFFENS, unter Mitwirkung von HANS-JÜRGEN FUCHS u. CHRISTOPH STUKE). Wiesbaden 1992 (Materialien zum Unterricht, Sekundarstufe I, Heft 44, Projekt „Hessen im Nationalsozialismus“). – AXEL ULRICH/RENATE KNIGGETESCHE (Bearb.): Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933–1945. Eine Auswahlbibliographie. Wiesbaden 1994. – HERBERT BAUCH/VOLKER EICHLER/ULRICH EISENBACH/ROLF ENGELKE/WOLFGANG FORM (Bearb.): Quellen zu Widerstand und Verfolgung unter der NS-Diktatur in hessischen Archiven. Übersicht über die Bestände in Archiven und Dokumentationsstellen. Wiesbaden 1995 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau, 57).

mit den zahllosen Protestdemonstrationen und Massenkundgebungen der Arbeiterorganisationen allerorten. Auch ansonsten kann nur ein kurzer Einblick in die enorme Bandbreite der Organisationen und Gruppen der politischen Opposition sowie in die von ihnen ausgehenden antinazistischen Aktivitäten vermittelt werden.

Politischer Widerstand wird verstanden als kompromisslose Ablehnung des NS-Regimes in Wort, Schrift oder Tat durch Mitwirkung in konspirativen Organisationen oder auch eher lockeren Gruppenzusammenhängen mit der dezidierten Zielsetzung, zur Beseitigung der Diktatur bzw. zur Errichtung eines nichtfaschistischen Systems beizutragen. Dabei konnte es unter den Bedingungen der Illegalität keine Differenz geben zwischen dem Widerstand, der von politischen Organisationen ausging, und dem Widerstand gewerkschaftlicher Organisationen. Manchmal wurde er auch von Einzelpersonen geleistet, wie gerade das Beispiel Elzers, aber auch viele der sich während des Krieges deutlich mehrenden Sabotagehandlungen zeigen. Selbst die Umsturzbemühungen aus dem Bereich des Militärs erfolgten letztendlich aus politischem Antrieb und außerdem in enger Abstimmung mit zivilen politischen Widerstandskräften. Hinzu kamen bestimmte Vorformen des politischen Widerstandes, nicht zuletzt in Gestalt oppositioneller Freundeskreise, Solidargemeinschaften und Diskussionszirkel. Gleichermäßen meint diese Begriffsdefinition keineswegs bloß die innerdeutschen Widerstandsaktivitäten, sondern auch jene, die von ins Ausland ausgewichenen Nazigeegnern mit Stoßrichtung gegen das faschistische Deutschland entfaltet wurden. Auch diese können aber im Rahmen einer solchen knappen Regionalstudie nur gelegentlich angedeutet werden. Wenn es dennoch gelingt, am Beispiel des Rhein-Main-Gebietes zumindest einen Eindruck von der Vielfalt, der Breite und auch der Kontinuität des zwischen 1933 und 1945 geleisteten Widerstandes zu vermitteln, dann mag dieser Beitrag seinen Zweck schon erfüllt haben.⁷

Sozialdemokratischer Widerstand

Die Machtübertragung an Hitler am 30. Januar 1933 traf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung keineswegs – wie oft genug behauptet wurde – gänzlich unvorbereitet. Schon im Vorjahr hatte die SPD begonnen, in einigen Bezirken, darunter auch in Hessen, den Prototyp eines konspirativen Pioniersystems für den Fall des bereits befürchteten Parteiverbots zu schaffen. Aber diese Geheimorganisation hatte – trotz Unterstützung durch den SPD-Vorsitzenden Otto Wels – nicht mehr sonderlich weit entwickelt werden können. Jedoch standen die Formationen des gegen die NSDAP wie die KPD gleichermaßen gerichteten, zwar überparteilichen, aber klar von der SPD dominierten Reichsbanners Schwarz Rot Gold sowie der Eisernen Front, eines ebenfalls paramilitärischen Zusammenschlusses aus SPD, Reichsbanner, Arbeitersportorganisationen und sozialdemokratischen Gewerkschaften, Anfang 1933 allerorten zum Abwehrkampf bereit. Teile dieser Organisationen drängten mitunter sogar recht vehement auf ein en-

7 Ein größerer regionalgeschichtlicher Überblick zum politischen Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet wird derzeit vorbereitet und soll im Wiesbadener Thrun-Verlag erscheinen (Postfach 5607, 65046 Wiesbaden; E-Mail: gthrun-ulrich@web.de).

ergisches antinazistisches Vorgehen, hatten zudem geheime Waffenlager angelegt und ähnliche Vorkehrungen getroffen. So waren auf dem Gelände des Frankfurter Arbeitersportvereins Westend schon vorsorglich rund 150 Stielhandgranaten, 50 Gewehre und Pistolen, ein Maschinengewehr und mehrere tausend Schuss Munition versteckt worden.

Das ersehnte Signal zum Losschlagen blieb aber aus. Die Führungen der sozialdemokratischen Organisationen sahen angesichts von sechs Millionen Arbeitslosen für einen Generalstreik ebenso wenig eine Chance wie für eine Aktionseinheit mit der KPD, mit der man heftig verfeindet war, und schon gar nicht wollten sie einen Bürgerkrieg mit ungewissem Ausgang provozieren. Vielmehr hofften sie zunächst noch auf die Reichstagswahlen am 5. März 1933. Doch deren Ausgang war niederschmetternd: Reichsweit erzielte die NSDAP fast 44 Prozent der Stimmen, ihr gleichfalls erzreaktionärer Bündnispartner, die Deutschnationale Volkspartei, errang nochmals 8 Prozent; im Volksstaat Hessen erhielten die Nazis 47,4 Prozent der Stimmen, in der Provinz Hessen-Nassau sogar noch zwei Prozent mehr. Die Sozialdemokratie war zwar zweitstärkste Partei in Deutschland geblieben, rangierte mit 18,3 Prozent aber weit abgeschlagen hinter der Hitler-Partei.

Durch die neue politische Situation, aber auch wegen der zurückhaltenden, d.h. auf strikte Beachtung des Legalitätsprinzips bedachten Reaktion ihrer Führungen, zeigte sich die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft – gelinde gesagt – irritiert, wenn nicht gelähmt. Hinzu kam der unglaubliche Terror, der einschüchternd wirkte: Mord, Totschlag, andere tätliche Übergriffe und Verhaftungen waren an der Tagesordnung; die Folterkeller der SA, die rasch errichteten ersten KZs und die sonstigen Haftanstalten füllten sich mehr und mehr und bewirkten ein Übriges. So war es den sozialdemokratischen Organisationen – trotz mancher Bemühungen – nicht mehr möglich, Tritt zu fassen. Viele, wenn nicht die meisten Parteimitglieder und Sympathisanten versanken in Resignation oder Lethargie, stellten sich auf eine Zeit des „Überwinterns“ der akuten Verfolgungszeit ein, ähnlich jener vielleicht während des Sozialistengesetzes ein halbes Jahrhundert zuvor, aus der die Sozialdemokratie doch sogar gestärkt hervorgegangen war. Viele gaben sich der nicht minder trügerischen Hoffnung hin, auch die Nazis würden die katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen nicht meistern können und bald abgewirtschaftet haben; danach würde zwangsläufig die SPD wieder ans Ruder gelangen. Etliche mögen die Frage nach der Organisierung von Widerstand außerdem mit dem Hinweis kommentiert haben: Warum sollen wir uns jetzt exponieren, unseren Kopf riskieren, wenn unsere Führer sich bedeckt halten, auf Anpassungskurs geschwenkt sind oder das Land gar bereits verlassen haben? Andere sahen die Sicherheit ihrer Familien, ihrer Frauen und Kinder im Vordergrund, die – davon war auszugehen – ohne Unterstützung wären, wenn ihre Ernährer in die Kerker und KZs der Faschisten wanderten. So spielten viele Faktoren eine Rolle, um eine antinazistische Massenbewegung im sozialdemokratischen Organisationsspektrum – aber nicht nur hier – zu verhindern.

Dennoch regte sich im sozialdemokratischen Lager bald erster Widerstand. Es waren meist jüngere Funktionäre und Mitglieder, die nicht gewillt waren, sich

den Nazis an der Macht anzupassen bzw. stillzuhalten. Oft waren es Kräfte, die sich zuvor bereits in Opposition zu ihren eigenen Leitungen befunden hatten, die schon immer – in der Regel leider allzu rasch flüchtiges Charakteristikum der Jugend – etwas kämpferischer und forscher aufgetreten waren. Die Jugendverbände der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammengeschlossenen Gewerkschaften, die des Reichsbanners, der Arbeitersportverbände und die Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), die Jugendorganisation der SPD, beispielsweise verkündeten noch im März 1933 in einem gemeinsamen Aufruf tapfer, trotzig, ganz legal: *„Die arbeitende und freiheitsliebende Jugend wird nicht eher ruhen, bis das System des 30. Januar in Deutschland wieder beseitigt ist.“*⁸ Und im Rhein-Main-Gebiet versuchten im gleichen Frühjahr SPD-Aktivisten aus dem Umfeld des Gewerkschaftsführers und vormaligen hessischen Innenministers Wilhelm Leuschner⁹, eine erste funktionsfähige konspirative Struktur zu schaffen. Sein inzwischen zur Fahndung ausgeschriebener Presseferent Carlo Mierendorff¹⁰, dessen gleichfalls verfolgter Reichstagskollege Heinrich G. Ritzel¹¹, der – wie diese – untergetauchte Vorsitzende des Frankfurter Sozialistischen Deutschen Studenten-Bundes und Reichsbanner-Aktivist Siegfried Höxter¹² sowie etliche andere griffen dabei auf die Konzeptionen zurück, die 1932 für das erwähnte konspirative Pioniersystem der SPD entwickelt worden waren. Danach sollten vor allem jüngere Partei- und SAJ-Aktivisten, später auch ältere und bekanntere Funktionäre zu Fünfergruppen zusammengefasst werden, um in der Hauptsache antinazistische Schriftpropaganda und „Zer-setzungsarbeit“ zu betreiben.¹³ In Frankfurt und Umgebung kam es zu verschiedenen Geheimtreffen der **Mierendorff-Höxter-Gruppe**, um die Widerstandsarbeit anzukurbeln. Anfang Juni wurde im Frankfurter Haus Vaterland sogar eine – als Geburtstagsfeier allerdings recht dilettantisch getarnte – „Gründungsversammlung“ durchgeführt, an der sich bis zu 100 Sozialdemokraten aus dem ganzen Volksstaat Hessen beteiligt haben sollen. An einer anderen Zusammenkunft

8 Aufruf „Kampf dem System des 30. Januar“. In: „Arbeiter-Jugend. Monatsschrift der Sozialistischen Arbeiterjugend“, 25. Jg., Heft 3, März 1933.

9 JOACHIM G. LEITHÄUSER: Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik. Frankfurt/M., Zürich, Wien 1962.

10 RICHARD ALBRECHT: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biografie. Berlin, Bonn 1987; ULLRICH AMLUNG/GUDRUN RICHTER/HELGE THIED: „... von jetzt an geht es nur noch aufwärts: entweder an die Macht oder an den Galgen!“. Carlo Mierendorff (1897–1943). Schriftsteller, Politiker, Widerstandskämpfer. Marburg 1997.

11 AXEL ULRICH: Heinrich Georg Ritzel. Vom antifaschistischen Abwehrkampf im Volksstaat Hessen zu den demokratischen Neuordnungsdiskussionen im Schweizer Exil. In: KNIGGETESCHE, ULRICH (wie Anm. 2), S. 358-373.

12 MONICA KINGREEN: Siegfried Höxter – ein kämpferischer Sozialdemokrat. In: KNIGGETESCHE, ULRICH (wie Anm. 2), S. 138-151.

13 „Das Pioniersystem. Die illegale Organisationsform der SPD in Deutschland“, als Anlage zu einem geheimen Schreiben der Deutschen Gesandtschaft in Brüssel an das Auswärtige Amt in Berlin vom 25. Juli 1933 übermittelter Bericht eines „Gewährsmannes“, Studienkreis Deutscher Widerstand/Dokumentationsarchiv des deutschen Widerstandes 1933-1945 AN 1813; siehe auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Pioniersystem der SPD, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 995.

nahmen außer Mierendorff, Höxter und Ritzel auch Wilhelm Leuschner und Kurt Schumacher teil.

Den Kommunisten waren solche Bestrebungen der SPD ein Dorn im Auge, reklamierten sie doch für sich selbst von Anfang an und kategorisch die Führungsrolle im Widerstand. So waren im Mai 1933 von der nun unter konspirativen Bedingungen hergestellten und vertriebenen kommunistischen Gewerkschaftszeitung „RGO-Scheinwerfer. Organ der Belegschaft der Verkehrsbetriebe Wiesbaden“ unter dem Titel „*Achtung SPD-Arbeiter! Der Verrat eurer Führer geht noch weiter!*“ die Bestrebungen der „*Mierendorff-Höxter-Gruppe in der SPD*“, gegen deren Parteivorstand ein mit „*illegalen Arbeitsmethoden*“ operierendes „*System von Vertrauensleuten zu organisieren*“, ganz unverblümt publik gemacht worden.¹⁴ Dies war einer Denunziation gleichgekommen, und es ist bezeichnend, dass nur wenige Wochen später die wichtigsten jener sozialdemokratischen Widerstandsaktivisten, darunter auch Mierendorff, festgenommen wurden, sofern sie nicht – wie etwa Ritzel und Höxter – zu fliehen vermochten.

Während die meisten der in Deutschland verbliebenen Vorstandsmitglieder der SPD um den vormaligen Reichspräsidenten Paul Löbe bis zuletzt eindringlich vor sämtlichen Widerstandsaktivitäten warnten, meldete sich am 18. Juni 1933 – vier Tage vor dem gegen die Partei und ihre Nebenorganisationen verhängten Betätigungsverbot – der Exilvorstand aus der Tschechoslowakei mit dem kämpferischen Aufruf „*Zerbrecht die Ketten! Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein!*“¹⁵ zu Wort. Darin wurden die Parteimitglieder im Reich auf der Basis „*vollkommenster Freiwilligkeit*“ zum Kampf „*für die Freiheit und den Sozialismus*“ aufgerufen. Damit war Anschluss gefunden an die mutige Rede von Otto Wels, mit der dieser am 23. März für seine Fraktion im Reichstag die Ablehnung des „*Ermächtigungsgesetzes*“ begründet hatte.

In der Folge versuchte der SPD-Exilvorstand, seine Anhängerschaft in Deutschland durch eine Flut von antinazistischen Flugschriften und Propagandabroschüren ideologisch zu stabilisieren. Diesem Zweck diente dann vor allem auch das neue Parteiorgan für die konspirative Inlandsarbeit, die „*Sozialistische Aktion*“, die auf Dünndruckpapier, im Kleinformat sowie in durchaus beeindruckender Auflagenhöhe produziert wurde. Als Anlaufstellen für ihre Geheimkuriere bzw. um den Material- sowie Nachrichtentransfer zwischen den Widerstandsgruppen vor Ort und der Sopade, wie sich der Exilvorstand fortan in bewusster Abgrenzung von der bisherigen, politisch diskreditierten SPD nannte, zu erleichtern, wurden rings um Deutschland – in unmittelbarer Grenznähe, aber bereits im Ausland – spezielle Grenzsekretariate eingerichtet. Diese hatten dafür zu sorgen, dass die Belieferung der einzelnen Bezirke mit dem Propagandamaterial reibungslos klappte. Ferner sollten sie von dort regelmäßig Informationen zur politischen, sozialen, wirtschaftlichen und sonstigen Lage abrufen, die der „*gleichgeschalteten*“ Presse nicht mehr zu entnehmen waren. Diese wurden sodann

14 Der Artikel ist auszugsweise abgedruckt in: LOTHAR BEMBENEK/AXEL ULRICH: Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933-1945. Eine Dokumentation, hrsg. v. Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Gießen 1990, S. 110f.

15 „*Neuer Vorwärts. Sozialdemokratisches Wochenblatt*“, Nr. 1, 18. Juni 1933.

sorgsam und kritisch ausgewertet, um wiederum in die „Sozialistische Aktion“ sowie in die ab 1934 regelmäßig herausgebrachten, recht umfangreichen „Deutschland-Berichte“ einzufließen, mit denen die Sopade vor allem die Auslandspresse über die wirklichen Zustände im „Dritten Reich“ aufzuklären und vor der drohenden Kriegsgefahr zu warnen suchte.

Mitglieder der **Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ)**, bei denen Vorbehalte gegenüber der früheren Parteiführung zum Teil recht ausgeprägt waren, bildeten bald eigene Resistenzkerne, so in Wiesbaden, Hanau, Offenbach und etlichen weiteren Städten des Rhein-Main-Gebietes.¹⁶ In Frankfurt, wo bis 1933 die mitgliederstärkste Gruppe der ganzen Region bestanden hatte, wurde noch eine Zeit lang das Organ „Der Rote Sender“ illegal herausgebracht. Solche Propagandaformen wurden aber schnell als viel zu riskant erkannt und daher umgehend wieder eingestellt. Die SAJler begnügten sich fortan vorwiegend damit, den eigenen Gruppenzusammenhalt aufrechtzuerhalten, indem sie Wanderungen und Fahrten bzw. ähnliche Treffen organisierten, die sie als gesellige Zusammenkünfte tarnen. Aus solchen Gruppenstrukturen rekrutierten dann die Widerstandsgruppen der Partei bzw. des Reichsbanners nach und nach neue Mitstreiter, wodurch jene SAJler politisch wieder spürbar wurden. Entgegen der offiziellen Direktive wurde vereinzelt sogar versucht, mit Jungkommunisten zu kooperieren, so etwa in Frankfurt, Darmstadt, Hanau und Offenbach. Aber solche Bestrebungen, eine gemeinsame antinazistische Front zu bilden, scheiterten meist frühzeitig, sie verliefen im Sande oder endeten mit Festnahmen. Ohnehin wurden – eine systematische Schulung in konspirativen Techniken fehlte den SAJlern in aller Regel – oft Unachtsamkeiten begangen, die ebenfalls leicht zu Festnahmen führten.

Bis zu dessen Verhaftung im Sommer 1934 standen die SAJ-Gruppen im Rhein-Main-Gebiet zumeist in Verbindung mit Willy Knothe, bis 1933 u.a. Bezirksvorsitzender der SAJ für Hessen-Nassau und dann Leiter des sozialdemokratischen Widerstandes in Südwestdeutschland. Georg Buch, der Anführer der Wiesbadener SAJ-Widerstandsgruppe¹⁷, führte die konspirativen Treffen mit Knothe durch, ohne grundsätzlich auch nur einen einzigen seiner Mitstreiter einzuweihen. Da Willy Knothe während der Verhöre niemanden verriet, Buch außerdem seine Gruppe, der anfangs noch bis zu 40 Jugendliche bzw. junge Erwachsene angehörten, künftig von allen sonstigen Außenkontakten fernhielt, blieb diese immerhin bis Anfang 1941 intakt. Doch dann schlug die Gestapo zu und verhaftete ihn und 14 seiner Gesinnungsfreunde, die meisten davon weiblich. Im ganzen Reichsgebiet hat höchstens eine Handvoll weiterer SAJ-Widerstandsgruppen ähnlich lange durchgehalten. Buch erhielt als „*geistiger Leiter und maßgeblicher Organisator*“ ein Strafmaß von zweieinhalb Jahren Ge-

16 Zur Situation in Hessen insgesamt siehe: MARIANNE PETER: Widerstand und Verfolgung der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 152-165.

17 Siehe hierzu z.B. den autobiografischen Bericht von Georg BUCH: Über den sozialistischen Widerstand in Wiesbaden und Umgebung. In: BEMBENEK/ULRICH (wie Anm. 14), S. 35-45.

fängnis.¹⁸ Nach deren Verbüßung musste er noch die KZs Hinzert und Sachsenhausen durchleiden, bis er 1945 durch die Rote Armee befreit wurde. Nach der Rückkehr in seine Heimatstadt engagierte er sich sofort für die demokratische Reorganisation und wirkte später u.a. als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie als Präsident des Hessischen Landtages.

Nach Knothes Verhaftung rückte der frühere Gausekretär des Reichsbanners für Hessen-Nassau, Paul Apel, an die Spitze des sozialdemokratischen Widerstandes in der Region. Zusammen mit Paul Kirchhof schuf er eine im ganzen Rhein-Main-Gebiet weit verzweigte Organisationsstruktur, die sich deutlich auf einstige Reichsbanner-AktivistInnen stützte.¹⁹ Einige ihrer Mitstreiter im konspirativen **SPD-Bezirk Hessen-Nassau** mit Frankfurt als Zentrum, der sich nun auch auf das Gebiet des früheren Parteibezirks Hessen (Offenbach) ausdehnte, waren schon im Frühjahr 1933 am Versuch Mierendorffs, Höxters und anderer beteiligt gewesen, eine erste Widerstandsstruktur zu schaffen. In Apels Organisation waren miteinander vernetzt Stützpunkte in Frankfurt, Offenbach, Mühlheim, Bad Vilbel, Neu-Isenburg, Bieber, Steinheim, Hanau, Langenselbold, Langendiebach, Gelnhausen, Büdingen, Nidda, Gießen, Frankfurt-Nied, Frankfurt-Höchst, Zeilsheim, Sindlingen, Hattersheim, Kelsterbach, Okriftel, Kronberg, Kelkheim, Bad Soden, Münster im Taunus, Hofheim, Eddersheim, Hochheim, Mainz-Kastel, Mainz-Kostheim, in Wiesbaden sowie Wiesbaden-Bierstadt, in Eltville, Mainz, Langen, Darmstadt und Pfungstadt. Kontakte bestanden darüber hinaus nach Worms, Mannheim und Heidelberg. Im Werk Offenbach der IG-Farbenindustrie wirkte außerdem eine illegale SPD-Betriebsgruppe, die auch selbst hergestellte Flugblätter verbreitete.

Im gesamten Strukturbereich wurde die „Sozialistische Aktion“ bezogen und im eigenen Umfeld gegen geringes Entgelt – zehn Pfennig pro Stück – vertrieben. Die so eingenommenen Gelder dienten der Finanzierung der konspirativen Arbeit. Ebenso wurden Stimmungsberichte verfasst und Informationen zur sozioökonomischen Lage, zu Streiks, faschistischen Terrormaßnahmen sowie zur deutschen Aufrüstung beschafft. Im Falle einer Entdeckung dieser nachrichtendienstlichen Tätigkeit hätten die Beteiligten mit schwersten Strafen zu rechnen gehabt. Die nicht selten ausgesprochen brisanten Meldungen wurden dem SPD-Grenzsekretariat Südwest in Frankreich bzw. im Saargebiet, später in Luxemburg übermittelt, von wo aus sie umgehend an die Sopade nach Prag weitergeleitet wurden.

Im Saargebiet, in Luxemburg, auch in Belgien wurden gelegentlich geheime Funktionärskonferenzen durchgeführt, um die konspirative Arbeit besser zu koordinieren. Im Juni 1934 fand eine solche Zusammenkunft in Mainz statt, an der

18 Siehe die Auszüge aus der Urteilsschrift des Strafsenats des Oberlandesgerichts Kassel gegen Georg Buch u.a. vom 13. März 1942. In: BEMBENEK/ULRICH (wie Anm. 14), S. 45-50, hier: S. 49.

19 Hierzu: CHRISTOPHER KOPPER: Zum Widerstand des Reichsbanners Schwarz Rot Gold im Rhein-Main-Gebiet. In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 166-178; AXEL ULRICH: Freiheit! Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold und der Kampf von Sozialdemokraten in Hessen gegen den Nationalsozialismus 1924-1938, hrsg. v. SPD-Bezirk Hessen-Süd u. Union-Druckerei und Verlagsanstalt. Frankfurt a.M. 1988.

21 Funktionäre aus Frankfurt, Wiesbaden, Mannheim, Ludwigshafen und weiteren Städten Hessens und Badens teilnahmen.²⁰ Im folgenden März trafen sich in Mannheim, wo sich auch die zentrale Anlaufstelle für die Materialsendungen für Baden, die Pfalz und Hessen befand, Funktionäre u.a. aus Frankfurt, Hannover, Düsseldorf und Emden.²¹

Die Durchführung solcher Geheimkonferenzen machte vor allem in Deutschland selbst eine Vielzahl von Sicherheitsvorkehrungen erforderlich, die nur durch einen größeren funktionierenden Apparat bewältigt werden konnten. Dennoch wurde die Struktur im Herbst 1935 durch eine große Verhaftungswelle schwer getroffen, eine weitere folgte im Frühjahr 1936. Insgesamt kam es im Rhein-Main-Gebiet zu über 120 Festnahmen, darunter auch Apel und Kirchhof. Trotzdem konnte nicht die gesamte Organisation aufgegeben werden: In Wiesbaden beispielsweise waren zwar die führenden Funktionäre Georg Feller und Albert Markloff verhaftet worden; weil beide jedoch während der Verhöre standhaft blieben, wurden allein dort an die 50 Genossinnen und Genossen der Apel-Struktur geschützt.²² Apel wurde zu acht Jahren Zuchthaus, Kirchhof zu fünf Jahren, Feller zu zweieinhalb und Markloff zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Apel und Feller kamen im Anschluss an ihre Strafaft ins KZ. Letzterer wie auch Kirchhof wurden später zudem in ein Strafbataillon 999 gepresst. Nach dem Krieg engagierten sie sich sämtlich – wie auch viele andere aus Apels Widerstandsstruktur – wieder im kommunalpolitischen bzw. gewerkschaftlichen Bereich.

Lokale Reststrukturen der sozialdemokratischen Widerstandsbewegung im Rhein-Main-Gebiet konnten sich gleichwohl noch weiter halten, bis auch sie großenteils – wie etwa in Hanau, Frankfurt, Frankfurt-Nied oder Wiesbaden – von den faschistischen Fahndern entdeckt wurden. Aber sozialdemokratischer Widerstand war notgedrungen keineswegs immer gleichbedeutend mit der Bildung fester lokaler wie regionaler Organisationsstrukturen. In den meisten Städten und Gemeinden kamen frühere SPD-Funktionäre und andere Parteiaktivisten nach wie vor zu lockeren, eher unregelmäßig stattfindenden Gesprächsrunden zusammen, entweder als Skatabende oder dergleichen getarnt in ihren Privatwohnungen, auch in Gaststätten und Kaffeehäusern fanden solche Treffen statt, oder aber sie gingen gemeinsam auf Wanderschaft, machten eine Schiffspartie oder etwas Ähnliches. Auch solche **Freundeskreise und Diskussionszirkel der SPD** bewiesen Mut und Gesinnungstreue und trugen ebenfalls dazu bei, dass Kernbereiche der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft das „Dritte Reich“ überstanden.

In diesem Zusammenhang sind auch die speziellen illegalen **Geldsammelstellen** zu erwähnen, von denen aus den Angehörigen politisch Verfolgter unauffäl-

20 So der Hinweis bei ERICH MATTHIAS/HERMANN WEBER u.a. (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Mannheim 1984, S. 160, Anm. 212.

21 MATTHIAS/WEBER (wie Anm. 20), S. 162ff.

22 Siehe hierzu den autobiografischen Bericht von GEORG FELLER: Aus der Widerstandsarbeit des Wiesbadener Reichsbanners. In: ULRICH (wie Anm. 19), S. 143-155; ebenso: Auszug aus der Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim Oberlandesgericht Kassel gegen Adam Treber u.a. vom 18. Dezember 1935. In: BEMBENEK/ULRICH (wie Anm. 14), S. 67f.

lig materielle Hilfen zuzugingen. In Wiesbaden beispielsweise diente diesem Zweck der Tabakwarenladen von Max Meinhold in der Bleichstraße.²³ Dort konnten Gelder abgegeben werden, mit denen die Frau des Inhaftierten Willy Knothe und andere Betroffene, mitunter sogar Familien verfolgter Kommunisten unterstützt wurden. Das Wirken von Meinhold und seinem Unterstützerkreis blieb bis zum Ende der Diktatur unentdeckt.

Ferner engagierten sich im Widerstand Mitglieder verschiedener weiterer sozialdemokratisch ausgerichteter Organisationen, so z.B. die **Naturfreunde**, für die sich entsprechende Aktivitäten u.a. für Frankfurt, Offenbach, Hanau, Groß-Gerau, Rüsselsheim, Bad Homburg und Mainz nachweisen lassen.²⁴ Ähnliches gilt für die **Arbeitersportler**, hier speziell für die Radfahrer, für Wasserwanderer und Skilangläufer.²⁵ Wegen ihrer körperlichen Kondition und aufgrund ihrer zu meist hervorragenden Kenntnisse der geografischen Gegebenheiten auch der ferneren Heimat waren diese prädestiniert dafür, die gefährvollen Materialtransporte zu übernehmen bzw. auch von Verhaftung bedrohte Gesinnungsfreunde auf heimlichen Pfaden über die grüne Grenze zu geleiten.

Immer noch viel zu wenig Beachtung findet der Anteil von Frauen an der konspirativen Arbeit. So erfolgte unauffälliger, trotzdem höchst effektiver Widerstand durch etliche Frauen aus der im Frühjahr 1933 zwangsaufgelösten **Arbeiterwohlfahrt**.²⁶

Lotte Lemke war Geschäftsführerin beim Berliner Hauptausschuss jener Hilfsorganisation gewesen und hatte schon im Februar 1933 zusammen mit anderen eine Tarnorganisation, das Deutsch-Ausländische Jugendwerk, geschaffen, um die karitative Arbeit auch künftig fortsetzen zu können. Immerhin bis 1936 gelang es so, eine Vielzahl verfolgter Familien mit Lebensmittelpaketen zu unterstützen und Haftentlassenen Erholungsurlaube zu ermöglichen. Für die Regeneration der Kinder betroffener Familien stand ein Heim im Taunus nordwestlich von Wiesbaden zur Verfügung; auch Ferienaufenthalte in der Schweiz wurden organisiert, und bis 1935 wurden jüdische Kinder in einem Kindergarten in Berlin betreut. Lemke, die zumindest anfangs noch Berührung hatte mit dem sozialdemokratischen Widerstand im Raum Frankfurt/Hanau, operierte dann bis 1938 reichs- und europaweit als Geheimkurierin und realisierte u.a. die Verbindung zwischen Berlin und dem SPD-Exilvorstand in Prag.

23 BUCH (wie Anm. 17), S. 42.

24 Siehe hierzu: AXEL ULRICH: Die hessischen Naturfreunde in der NS-Zeit: Zwischen Anpassung, Verfolgung und Widerstand. In: informationen. Studienkreis Deutscher Widerstand, 19. Jg., Nr. 39, August 1994, S. 4-13; ebenso: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand von Naturfreunden in Hessen, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 252.

25 Siehe: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand von Arbeitersportlern in Hessen, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 965.

26 Siehe hierzu: RENATE KNIGGE-TESCHE: Zwei Frauen aus der Arbeiterwohlfahrt: Lotte Lemke und Johanna Kirchner. In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 346-357; ebenso: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand der Arbeiterwohlfahrt, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 256.

Johanna Kirchner²⁷, die Mitbegründerin der Frankfurter Arbeiterwohlfahrt, musste im Sommer 1933 ins Saargebiet und 1935 nach Frankreich ausweichen, wo sie sich schwerpunktmäßig in der Flüchtlingsbetreuung engagierte. Im Sommer 1942 wurde sie durch die Vichy-Regierung inhaftiert und an Deutschland ausgeliefert. Dort wurde sie vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 9. Juni 1944 in der Strafanstalt Plötzensee in Berlin hingerichtet.

Auch ihre Töchter, Lotte Schmidt und Inge Leetz, hatten sich im Widerstand gegen das „Dritte Reich“ betätigt. Letztere hatte für die SAP, die Sozialistische Arbeiterpartei, in Frankfurt untergetauchte Antifaschisten betreut, bevor diese über Trier ins rettende Ausland geschleust werden konnten.²⁸ Ihre Schwester Lotte, SPD- und SAJ-Mitglied, hatte verschiedentlich als Geheimkurierin zwischen dem sozialdemokratischen Untergrund in Frankfurt und ihrer Mutter in Saarbrücken fungiert.²⁹ Lotte Lemke sorgte nach dem Krieg für die zügige Reorganisation der Arbeiterwohlfahrt, als deren Bundes- und schließlich Ehrenvorsitzende sie dann wirkte.

Widerstand proletarischer Kleinorganisationen

Im Zwischenfeld der beiden großen Arbeiterparteien bzw. links von diesen positioniert waren während der Weimarer Republik verschiedene kleinere Parteien und Organisationen entstanden, oftmals als Abspaltungen von SPD oder KPD.³⁰ Fast ausnahmslos hatten diese Kräfte, die ihre Anhänger ideologisch auf den proletarischen Klassenkampf orientierten³¹, von vornherein für ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Arbeiterbewegung gegen den heraufziehenden Nazi-Faschismus plädiert. Meist hatten sie sich schon früh auf die Fortführung ihrer politischen Arbeit unter konspirativen Bedingungen eingestellt, etwa durch Umstellung ihrer Strukturen auf das Fünfergruppensystem, und sich daher entsprechend zügig der Verfolgungssituation, die mit der Machtübertragung an Hitler eingetreten war, anzupassen vermocht. Wegen ihrer generell sowie örtlich vergleichsweise schwachen Strukturen kannten sich ihre Mitglieder untereinander vielfach recht gut, wodurch den faschistischen Verfolgungsbehörden das Einschleusen von Spitzeln deutlich erschwert wurde. Außerdem rückten sie ganz

27 ANTJE DERTINGER/JAN VON TROTT: „... und lebe immer in Eurer Erinnerung“. Johanna Kirchner – Eine Frau im Widerstand. Berlin, Bonn 1985.

28 BARBARA MAUSBACH-BROMBERGER: Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933-1945. Frankfurt/M. 1976, S. 71 u. S. 110.

29 Siehe hierzu den autobiografischen Bericht von LOTTE SCHMIDT: Frankfurter Verbindungen zur Emigration im Saargebiet. In: AXEL ULRICH (Bearb.): Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933-1945, hrsg. v. DGB-Bildungswerk Hessen u. Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933-1945. 2., unveränd. Aufl. Gießen 1984, S. 238-241.

30 Einen Sonderfall stellt hierbei die 1919 gegründete anarcho-syndikalistische Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) dar, die sich klar von jedem parteipolitischen Organisationsprinzip distanzierte.

31 Häufig dies sogar mit deutlicher Affinität zum Leninismus. Deshalb sollten sie auch nicht unpräzise als „linke“ oder „linkssozialistische“ Kleinorganisationen bzw. als „linke Splittergruppen“ oder aber als – was ebenfalls oft genug geschieht – dem sozialdemokratischen Organisationsgeflecht zugehörig deklariert werden.

einfach auch wegen ihrer geringeren politischen Relevanz erst allmählich ins Visier der Nazi-Fahnder. Ihre Entschlossenheit zum Widerstand und ihr dabei unter Beweis gestellter Mut kompensierten ihre geringe Organisationsstärke allerdings bei weitem.³² Dies belegen auch ihre konspirativen Strukturen im Rhein-Main-Gebiet.³³

Die **Sozialistische Arbeiterpartei (SAP)** war die bedeutendste jener proletarischen Kleinorganisationen. Im Frühjahr 1933 waren reichsweit etwa 15.000 ihrer Anhänger zur Aufnahme der Untergrundarbeit bereit.³⁴ Um die Gefahr von Spitzeleinbrüchen zu verringern, wurden – so jedenfalls im Rhein-Main-Gebiet – schon bald keine neuen Mitstreiter mehr in die konspirativen Zellen aufgenommen. Die größten Gruppen in dieser Region, in der annähernd 200 SAP-Leute Widerstandsarbeit leisteten, waren die in Frankfurt und Frankfurt-Höchst, erheblich kleinere bestanden in Offenbach, Hanau, Rüsselsheim, im Rodgau, in Langendiebach, Darmstadt, Wiesbaden und Mainz. Konspirative Verbindungen führten u.a. bis nach Anspach, Bad Ems, Worms, Ludwigshafen, Mannheim und Heidelberg.³⁵ Besonders eng war die Kooperation der Gruppen in Frankfurt und Frankfurt-Höchst bzw. Darmstadt sowie die zwischen Mainz und Frankfurt, dies nicht zuletzt wegen der in diesen beiden Städten als eigenständige konspirative Zellen in die SAP-Konspiration eingeklinkten Trotzlisten. Die Zentrale für Süd- und Südwestdeutschland befand sich in Mannheim, von wo aus auch die Verbindungen zur illegalen Reichsleitung in Berlin sowie zur Auslandsleitung in Prag, ab Sommer 1933 dann in Paris liefen. Seit dem Herbst 1934 sorgte der spätere südhessische SPD-Vorsitzende, Staatssekretär und Chef der hessischen Staatskanzlei Willi Birkelbach für die Realisation der Kurierverbindung zwischen Frankfurt-Höchst und Mannheim. Aus dem Ausland wurden die SAP-Publikationsorgane „Das Banner der revolutionären Einheit“ und die „Neue Front. Organ für proletarisch-revolutionäre Sammlung“ bezogen. Von der Herstellung eigener Flugblätter wurde indessen im Rhein-Main-Gebiet wegen des damit verbundenen hohen Verhaftungsrisikos bald wieder Abstand genommen.

Während die Gesamtzahl der SAP-Aktivisten in Deutschland im Sommer 1934 bereits auf vermutlich weniger als ein Drittel zusammengeschnitten war,

32 Siehe hierzu den exzellenten Gesamtüberblick von JAN FOITZIK: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils. Bonn 1986 (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung – Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 16).

33 Siehe die knappe Überblicksdarstellung zur Situation in Hessen: BARBARA BROMBERGER: Widerstand linkssozialistischer Kleinorganisationen. In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 179–197.

34 JÖRG BREMER: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Untergrund und Exil 1933-1945. Frankfurt a.M., New York 1978; FOITZIK (wie Anm. 32), S. 23f., 47-59, 101f., 108-122, 176ff. u. 203ff.

35 BROMBERGER (wie Anm. 33), S. 181-185; siehe auch die autobiografischen Berichte: PETER LANG: Mein Leben in der Arbeiterbewegung. Molkenborn 1974, FRITZ SCHMIDT: SAP in Höchst für Einheitsfront. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 192-196; WILLI BIRKELBACH: Fazit. Gelebt – Bewegt. Unter Mitarbeit von Luise Maria Dreßler. Marburg 2000; siehe auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand der SAP in Hessen sowie im Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 169 u. Nr. 300.

wurde die SAP-Struktur im Rhein-Main-Gebiet erst zwischen 1935 und 1938 durch eine Serie von Verhaftungsschlägen zerrieben. Allein im Bereich Frankfurts kam es zu an die dreißig Festnahmen, Indiz gleichzeitig auch dafür, dass dort längst nicht alle Mitstreiter entdeckt worden waren. Zu den in der Region fortbestehenden kleineren Resistenzkernen der SAP versuchte Rolf Wenzel von der früheren Führungsgruppe weiterhin Kontakt zu halten, bis auch er im Frühjahr 1939 verhaftet wurde.

In der **KPD-Opposition (KPO)** waren zu Beginn des „Dritten Reiches“ mindestens 3.000 Kommunisten organisiert, die nahezu geschlossen die konspirative Arbeit aufnahmen.³⁶ Im Zuge der ersten Verhaftungswelle, welche die Kleinpartei im Sommer 1933 traf, fielen reichsweit bereits annähernd 600 ihrer Aktivisten aus. Im Rhein-Main-Gebiet bestanden Widerstandsstützpunkte lediglich in Frankfurt und Offenbach.³⁷ In der Mainmetropole waren etwa 20 Mitglieder konspirativ tätig, zumeist Linksintellektuelle und Erwerbslose, die aber über Kontakteleute in verschiedenen Betrieben verfügten. Das dort herausgebrachte illegale Publikationsorgan trug den programmatischen Titel „Die Einheit. Diskussionsorgan des Klassenkampfes“ und erschien monatlich in Auflagen von nur 100 bis 200 Exemplaren. Schon nach zehn Ausgaben musste dessen Erscheinen noch 1933 wieder eingestellt werden. Zusätzlich wurden in Frankfurt und in Offenbach das Periodikum „Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition)“ und weitere antinazistische Schriften verbreitet, die sowohl von der illegalen Reichsleitung in Berlin als auch über den Stützpunkt im Saargebiet vom Auslandskomitee in Straßburg, bald darauf in Paris bezogen wurden. Die Offenbacher Gruppe, in der – wie in Frankfurt – auch SAP-Leute mitarbeiteten, bestand aus lediglich rund zehn Personen, zumeist frühere Weggefährten von Heinrich Galm, vordem Abgeordneter zunächst für die KPD, dann die KPO und schließlich die SAP im Landtag des Volksstaates Hessen, nach dem Krieg u.a. SPD-Stadtrat in seiner Heimatstadt.³⁸

Der Arbeit der Frankfurter Struktur war schon Anfang 1934 mit der vorübergehenden Festnahme und anschließenden Flucht ihres Anführers Philipp Pleß, später u.a. DGB-Landesvorsitzender in Hessen, ein schwerer Schlag versetzt worden. Aber erst 1937 konnte die Gestapo im Zuge einer reichsweiten Verhaftungsaktion auch die Offenbach/Frankfurter KPO-Konspiration fast vollständig zerschlagen, wobei noch bis zum folgenden Jahr in Offenbach eine Fünfergruppe

36 Siehe hierzu vor allem: KARL HERMANN TJADEN: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Erlangen 1970; THEODOR BERGMANN: „Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition. Hamburg 1987; FOITZIK (wie Anm. 32), S. 24f., 60-65, 102f., 122ff. u. 176ff.

37 BROMBERGER (wie Anm. 33), S. 185-188; siehe hierzu auch meinen Beitrag: Philipp Pleß und die Frankfurter Gruppe „Einheit“. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 214-217; ebenso: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand der KPO mit Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 312.

38 Heinrich GALM: Ich war halt immer ein Rebell. Politische Erinnerungen von Heinrich und Marie Galm, nach Gesprächen zusammengestellt von WERNER FUCHS u. BERND KLEMM, hrsg. v. Studienkreis „Geschichte der Offenbacher Arbeiter und ihrer Organisationen“. 2. Aufl. Offenbach 1981.

fortbestand. Wolfgang Abendroth, der ab 1951 als Professor für Politische Wissenschaft in Marburg wirkte und dann eine Vielzahl von Studien zum Widerstand proletarischer Kleinorganisationen anregte und betreute, wurde Anfang 1937 festgenommen; er hatte bis dahin hauptsächlich von Frankfurt aus die Verbindung zu Widerstandskreisen der SPD, der KPD, zu solchen einzelner Gewerkschaften sowie ins Ausland realisiert und gleichzeitig als hoch konspirativ arbeitender Spitzenkader für die Gruppe „Neu Beginnen“ gearbeitet. Nach der Verbüßung einer vierjährigen Zuchthausstrafe wurde er in ein Strafbataillon 999 gezwungen, konnte jedoch in Griechenland zu den Partisanen überlaufen, mit denen er zuvor bereits eine ganze Weile verdeckt kooperiert hatte.³⁹

Dem straff führerschaftlich organisierten, einem ethischen, gleichermaßen antimarxistisch wie antireformistisch ausgerichteten Sozialismuskonzept verpflichteten **Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK)** gehörten am Ende der Weimarer Republik insgesamt nicht mehr als 200 Mitglieder an; diese konnten sich auf ein Sympathisantenumfeld stützen, das 600 bis maximal 1.000 Personen umfasste.⁴⁰ Rund ein Drittel der Mitglieder waren Frauen. Zur Vorbereitung der konspirativen Arbeit wurde der ISK im Frühjahr 1933 formell für aufgelöst erklärt und auf das Fünfergruppensystem umgestellt. Etwa drei Viertel seiner Mitglieder bzw. Sympathisanten waren zur Aufnahme des Widerstandes bereit. Nach der Devise, dieser sei nur sinnvoll, wenn er sichtbar ist, trat die Organisation fortan durch recht spektakuläre antinazistische Propagandaaktionen hervor. Außerdem wurden u.a. die in Paris von Willi Eichler, dem im Herbst 1933 nach dort emigrierten Führer der Kaderorganisation, herausgegebenen „Neuen Politischen Briefe“ in Deutschland illegal verbreitet, die nach dessen Tarnnamen später „Reinhart-Briefe“ genannt wurden. Der Transfer des Propagandamaterials ins Rhein-Main-Gebiet erfolgte nicht selten durch Binnenschiffer.

Noch 1935/36 gliederte sich die reichsweite Widerstandsstruktur des ISK in sechs Bezirkseinheiten, darunter der Bezirk Frankfurt/Rhein-Main-Gebiet mit Stützpunkten in Frankfurt, Offenbach, Mainz und Worms. Der größte dieser Stützpunkte war Frankfurt mit drei, zeitweise sogar bis zu sieben Fünfergruppen. Der regionale Leiter der Struktur war Ludwig Gehm⁴¹, der zudem Kontakte unterhielt zum Widerstand u.a. von SAP und KPO. Die Frankfurter Vegetarische Gaststätte des ISK diente – wie die in Köln, Berlin und Hamburg – der Finanzie-

39 WOLFGANG ABENDROTH: Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgez. u. hrsg. von BARBARA DIETRICH u. JOACHIM PERELS. Frankfurt a.M. 1976; DERS.: 999er kämpfen mit den griechischen Partisanen. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 294-297.

40 WERNER LINK: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Meisenheim am Glan 1964 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 1); SABINE LEMKE-MÜLLER (Hrsg.): Ethik des Widerstands. Der Kampf des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK) gegen den Nationalsozialismus. Quellen und Texte zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung 1933-1945. Bonn 1996; FOITZIK (wie Anm. 32), S. 29, 85ff. u. 155ff.

41 ANTJE DERTINGER: Der treue Partisan. Ein deutscher Lebenslauf: Ludwig Gehm. Bonn 1989; zum ISK im Rhein-Main-Gebiet siehe auch: BROMBERGER (wie Anm. 33), S. 188-192.

rung der konspirativen Arbeit, aber auch als Anlaufstelle für Geheimkuriere bzw. als Depot für illegales Material. Geschäftsführerin war Anna Beyer⁴², die dort zugleich einen Mittagstisch für jüdische Bürgerinnen und Bürger unterhielt. Die Gruppen im Rhein-Main-Gebiet wurden 1936 zerschlagen, bis 1938 auch die reichsweiten Widerstandsstrukturen. Gehm wurde nach Verbüßung einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren u.a. noch im KZ Buchenwald inhaftiert und später mit einem Strafbataillon 999 u.a. in Griechenland eingesetzt, wo er zu den Partisanen überlief; nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft wirkte er vor allem als Organisationssekretär im SPD-Unterbezirk Frankfurt sowie als Stadtverordneter. Anna Beyer hatte über Belgien nach Frankreich, dann in die Schweiz und schließlich nach England entkommen können, wo sie sich im Rahmen der Jugendarbeit der Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter in Großbritannien engagierte; im Sommer 1944 wurde sie als Teil einer Spezialeinheit über Frankreich abgesetzt und kam dort mit der Résistance in Berührung; nach dem Krieg wurde sie in Frankfurt Stadträtin sowie Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Hessen-Süd.

Die Gruppe „**Neu Beginnen**“ arbeitete von Anfang an, d.h. seit 1929/30, und ausgehend von Berlin streng konspirativ, um innerhalb von SPD und KPD, ebenso in der KPO und in den Gewerkschaften unauffällig für den Einheitsfront-Gedanken zu werben.⁴³ Aus diesem Grund wurde auch auf eine bestimmte Organisationsbezeichnung verzichtet; stattdessen wurden sogar intern nur bestimmte Kürzel verwandt, so „O“ oder „Org“ für „Organisation“ bzw. „LO“ für „Leninistische Organisation“. Selbst untereinander wurden Decknamen benutzt. 1933 verfügte die Gruppe reichsweit über lediglich knapp 100 Anhänger im konspirativen Kernbereich, später wuchs diese Zahl auf etwa 150 an. Hinzu kam aber noch ein Kontingent von rund 200 bis 300 Sympathisanten und Informanten an der Peripherie der Gruppe. Aus Sicherheitsgründen wurde die Bearbeitung des KPD-Apparates bald gestoppt. Demgegenüber wurde nun verstärkt die Kooperation mit bürgerlich-demokratischen Antinazi-Kreisen gesucht. Verbindungen führten u.a. auch zu Gruppen der Religiösen Sozialisten sowie zu etlichen gewerkschaftlichen Widerstandsstrukturen.

42 Siehe hierzu den autobiografischen Bericht von ANNA BEYER: Mit dem Frankfurter ISK im Widerstand. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 202-205; ebenso: DIES.: Meine Jahre im Exil. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 247-249; DIES.: Politik ist mein Leben, hrsg. v. Ursula LÜCKING. Frankfurt a.M. 1991.

43 WALTER LOEWENHEIM: Geschichte der Org [Neu Beginnen] 1929–1935. Eine zeitgenössische Analyse. Hrsg.: JAN FOITZIK. Berlin 1995 (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe B: Quellen und Berichte, Bd. 1); RICHARD LÖWENTHAL: Die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“. Berlin 1982 (Beiträge zum Thema Widerstand, 20); KURT KLIEM: Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“. Phil. Diss. Marburg 1957; KONSTANZE WEGNER: Die Gruppe „Neu Beginnen“. In: MATTHIAS/WEBER (wie Anm. 20), S. 233-243; FOITZIK (wie Anm. 32), S. 26ff., 70-85, 130-140, 185ff., 202f. u. 211ff.; BERND STÖVER (Bearb.): Berichte über die Lage in Deutschland. Die Lagemeldungen der Gruppe Neu Beginnen aus dem Dritten Reich 1933–1936. Bonn 1996 (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 17); siehe auch: BROMBERGER (wie Anm. 33) S. 192-195. – Zur Gruppe „Deutsche Volksfront“, auch als „10-Punkte-Gruppe“ bekannt, siehe: HERMANN BRILL: Gegen den Strom. Offenbach 1946 (Wege zum Sozialismus, Heft 1); FOITZIK (wie Anm. 32), S. 211ff.

Unter dem Pseudonym „Miles“ erschien im Herbst 1933 in der Tschechoslowakei die programmatische Schrift „Neu Beginnen! Faschismus oder Sozialismus. Als Diskussionsgrundlage der Sozialisten Deutschlands“.⁴⁴ Verfasser war Walter Loewenheim, Initiator, theoretischer Kopf und bis 1934 unangefochtener Führer der Gruppe. Seither gaben das Verfasserpseudonym wie auch die Titulatur dieser Publikation der Organisation ihren Namen. Unter dem Tarntitel „Über Religion“ von Arthur Schopenhauer wurde die Schrift in 5.000 Exemplaren nach Deutschland eingeschmuggelt. Sie wurde weit über den eigenen Strukturbereich hinaus im antinazistischen Untergrund verbreitet und lebhaft diskutiert. Antifaschistischer Massenpropaganda wurde gleichwohl eine entschiedene Absage erteilt. „Neu Beginnen“ war auf eine langfristige Perspektive konspirativer Arbeit eingestellt: Nach der Niederringung des Faschismus sollte zunächst eine bürgerlich-demokratische Republik errichtet werden, dies freilich nur als Zwischenschritt hin zur weiterhin angestrebten sozialistischen Republik.

Im Rhein-Main-Gebiet war „Neu Beginnen“ in Offenbach und Frankfurt verankert. Von dort aus führten konspirative Verbindungen über die Auslandsleitung in Prag zur Inlandszentrale in Berlin und außerdem unmittelbar zum knapp ein Dutzend Mitstreiter zählenden Stützpunkt in Mannheim/Ludwigshafen. Dieser wurde allerdings schon im Februar 1934 durch die Festnahme seines Leiters sowie dreier seiner Mitstreiter so schwer getroffen, dass die Arbeit dort eingestellt werden musste. Überregionale Kontakte realisierte von Frankfurt aus der schon erwähnte Wolfgang Abendroth, der darüber hinaus in seiner Heimatstadt besonders den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen sowie weiterhin – dies konträr zur offiziellen Linie – auch den kommunistischen Untergrund im Sinne der Einheitsfront-Politik zu bearbeiten suchte.

In die im Exil produzierten Lageberichte der Gruppe flossen wenigstens bis 1936 u.a. mehrere Berichte aus Frankfurt ein, vereinzelt solche auch aus Koblenz, Mainz, Rheinhessen und der Pfalz. Bis Mitte der 1930er Jahre war die Gesamtstärke der Organisation auf etwa 500 Mitglieder angewachsen. Damals stellte jedoch ein Teil der Gesamtgruppe nach einer heftigen innerorganisatorischen Kontroverse die Widerstandarbeit ein und wich ins Ausland aus, während eine Mehrheitsgruppe die konspirativen Aktivitäten fortsetzte. Durch verschiedene Verhaftungsschläge schwer getroffen, war die Inlandsorganisation 1936 für eine Weile aktionsunfähig. Die Untergrundarbeit wurde dann zwar wieder aufgenommen, allerdings nur noch in erheblich reduziertem Umfang. Im Zuge der Zerschlagung der Gruppe „**Deutsche Volksfront**“ in Berlin im Herbst 1938, mit der seit dem Vorjahr eng kooperiert worden war und die ihrerseits über konspirative Verbindungen in ganz Deutschland, u.a. nach Frankfurt am Main, verfügt hatte, fiel gleichzeitig die letzte in der Reichshauptstadt operierende Reststruktur in der Tradition von „Neu Beginnen“ aus. Trotzdem bestanden vereinzelte Resistenzkerne der Kadergruppe besonders im süddeutschen Raum noch bis Anfang der 1940er Jahre fort.

44 Abgedruckt in: KURT KLOTZBACH (Hrsg.): Drei Schriften aus dem Exil. (Miles: Neu Beginnen! – Otto Bauer: Die illegale Partei – Curt Geyer: Die Partei der Freiheit). Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1974 (Internationale Bibliothek, Bd. 76), S. 1-88.

Auch die konspirative Arbeit jener Trotzlisten-Fraktion⁴⁵, die sich seit Herbst 1933 **Internationale Kommunisten Deutschlands (IKD)** nannte, war bereits seit dem Vorjahr angebahnt und nach dem Fünfergruppen-, dann dem Dreiergruppensystem strukturiert worden. Insgesamt gehörten dieser trotzlistischen Mehrheitsgruppe zu Beginn des „Dritten Reiches“ nur knapp 600 Mitglieder an, die sich allerdings noch auf ein größeres Sympathisantenfeld stützen konnten. Anfänglich verfügten sie über Bezirksgliederungen in der Reichshauptstadt und u.a. in Mittel-, West-, Südwest- bzw. Süddeutschland. Daneben existierte eine Minderheitsgruppe, die sich gleichfalls auf Leo Trotzki berief; diese zählte reichsweit lediglich 80 Anhänger und war hauptsächlich in Berlin und einigen wenigen weiteren Städten verankert, so etwa in Ludwigshafen; bereits im Frühjahr 1934 wurden deren Strukturen praktisch vollständig zerrieben. Auch die konspirativen IKD-Kader waren um die Jahreswende 1934/35 auf nur noch 200 Regimegegner zusammengeschrumpft, weniger als ein Viertel davon in Berlin. Der politisch-ideologischen Unterweisung und Stabilisierung der eigenen Anhängerschaft dienten das im Ausland hergestellte Periodikum „Unser Wort. Wochenzeitung der Internationalen Kommunisten Deutschlands“, desgleichen ein interner „Informationsdienst“ sowie diverse Broschüren und Flugblätter.

Im Rhein-Main-Gebiet wirkten lediglich in Frankfurt und Mainz trotzlistische Widerstandsgruppen der Mehrheitsrichtung⁴⁶: Die Frankfurter Gruppe, der zunächst noch rund 50 Personen angehörten, hatte sich fast komplett in die dortige SAP eingeklinkt; auch die fünf oder sechs Mainzer Trotzlisten wirkten konspirativ in jener proletarischen Klempartei. Beide Stützpunkte kooperierten eng miteinander, verteilten das von ihrer illegalen Reichsleitung in Berlin bezogene Propagandamaterial, verschiedentlich aber auch selbst hergestellte Flugschriften und Zeitungen sowie Materialien der SAP. Nachdem erste Festnahmen bereits im Herbst 1933 erfolgt waren, wurden die IKD-Gruppen im Rhein-Main-Gebiet im Frühjahr 1936 im Zuge einer gegen die SAP gerichteten Aktion zerschlagen. Zwischen 1935 und 1937 wurde reichsweit nahezu die gesamte IKD-Widerstandsstruktur durch die Gestapo aufgerollt.

Der im Herbst 1932 initiierte „**Rote Stoßtrupp**“⁴⁷, der sich vornehmlich aus widerstandsgewillten jungen Arbeitern und Studenten aus dem sozialdemokratischen Organisationsgefüge rekrutierte, war ebenfalls hauptsächlich in Berlin verankert, unterhielt ferner konspirative Verbindungen beispielsweise nach Nord-

45 WOLFGANG ALLES: Zur Politik und Geschichte der deutschen Trotzlisten ab 1930. Frankfurt a.M. 1987; FOITZIK (wie Anm. 32), 25f., 65-69, 103, 125-130 u. 176ff.

46 AXEL ULRICH: Arbeitereinheit gegen den Faschismus? Zum Widerstand von Trotzlisten gegen das NS-Regime mit besonderer Berücksichtigung des Rhein-Main-Gebietes. In: Mainzer Geschichtsblätter, Heft 12: Mainz, Wiesbaden und Rheinhessen in der Zeit des Nationalsozialismus. Mainz 2000, S. 101-134; siehe auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand von Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)/Internationale Kommunisten Deutschlands [Trotzlisten], StadtA WI Best. NL 75 Nr. 260, 261 u. 263.

47 RUDOLF KÜSTERMEIER: Der Rote Stoßtrupp, hrsg. v. Informationszentrum Berlin/Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße. 3. Aufl. Berlin 1980 (Beiträge zum Widerstand, 3); FOITZIK (wie Anm. 32), S. 149f. u. 192f.; siehe auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand des „Roten Stoßtrupps“ sowie des „Neuen Roten Stoßtrupps“, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 1027.

deutschland, Sachsen, Schwaben, in die Pfalz, desgleichen nach Kassel und Frankfurt am Main⁴⁸. Während die Zusammenarbeit mit linientreuen Kommunisten zurückgewiesen wurde, bestand mit der illegalen Reichsleitung der SAP eine Kooperationsvereinbarung, und auch mit der KPO und den Trotzlisten wurden konspirative Kontakte unterhalten. Außerdem gelang es, Verbindungen herzustellen zu bürgerlichen und kirchlichen Oppositionskreisen sowie zu jüdischen Jugendgruppen. Von der Sopade in Prag erhielt die Gruppierung, die seit dem Frühjahr 1933 das Publikationsorgan „Der Rote Stoßtrupp“ herausbrachte, finanzielle Zuwendungen für die konspirative Arbeit, obgleich sich die gegenseitigen politischen Vorbehalte nicht gänzlich überwinden ließen. Ende 1933 wurde die Gruppenstruktur durch 240 Festnahmen, in deren Folge es zu ungefähr 180 Verurteilungen kam, weitgehend zerschlagen. Nicht enttarnte Organisationsreste führten die konspirative Arbeit gleichwohl fort, allerdings nun unter Verzicht auf Herstellung und Verbreitung von Propagandamaterial. Eine Nachfolgeorganisation nannte sich „Neuer Roter Stoßtrupp“ und war u.a. auch in Südwestdeutschland verankert. Die Stützpunkte in der Pfalz wurden noch im Sommer 1934 von Basel aus betreut. Aber auch dieser Reorganisationsversuch wurde im Herbst 1935 fast restlos zerrieben.

Die „**Roten Kämpfer**“ waren ein lockerer Zusammenschluss zumeist jüngerer früherer Funktionäre der ultralinken Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) und anderer linksradikaler Sozialisten mit rätekommunistischem Hintergrund, die – obwohl vielfach zur SPD übergewechselt – einen eigenständigen organisatorischen Zusammenhalt in der Art eines Geheimbundes dennoch bewahren wollten.⁴⁹ Seit Mitte 1932 bereitete sich die inzwischen auf etwa 400 Mitstreiter geschrumpfte Gruppierung auf die Untergrundarbeit vor. Ihren Namen verdankte sie der Zeitschrift „Der Rote Kämpfer. Marxistische Arbeiterzeitung“. Seit 1933 bezeichneten sie sich selbst als „Arbeiterkommunisten“. Die Gruppe, die sich als intellektuelle Avantgarde der Arbeiterklasse begriff und vor allem gegenüber den beiden großen Arbeiterparteien überaus kritisch eingestellt war, verfügte über Stützpunkte in Berlin, wo sich zudem ihre illegale Reichsleitung befand, im Rhein-Ruhr-Gebiet und in Sachsen, in Hamburg, Bremen, Stuttgart, Karlsruhe, Frankenthal/Ludwigshafen sowie in Frankfurt am Main. Da sie auf Außenwirkung fast völlig verzichtete – wobei es lokal oder regional durchaus zu behutsamen Kontakten u.a. mit SAP, KPO oder ISK kam –, um sich dafür vermehrt mit Strategiediskussionen zu beschäftigen, stieß die Gestapo erst Ende 1936 im Zuge von Ermittlungen gegen die KPD auf ihre Spur. In den folgenden Monaten kam es reichsweit zu rund 150 Festnahmen, womit ihre Organisationsstruktur zerschlagen war.

Die anarcho-syndikalistische **Freie Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD)**, welche die Umstellung auf die konspirative Arbeit schon im Frühjahr 1932 be-

48 MAUSBACH-BROMBERGER (wie Anm. 28), S. 67 u. 103.

49 OLAF IHLAU: Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Meisenheim am Glan 1969 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 14); FOITZIK (wie Anm. 32), S. 32f., 90f. u. 159f.; siehe auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand der „Roten Kämpfer“, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 258.

schlossen hatte, zählte damals nur noch rund 4.300 eingeschriebene Mitglieder.⁵⁰ Organisatorische Zentren bestanden in Berlin, in Westdeutschland, Mitteldeutschland und Südwestdeutschland, dazu in Hamburg, Breslau, Königsberg und einigen anderen Städten. Ihre Geschäftskommission wurde im Frühjahr 1933 zur Koordinierung der Widerstandsarbeit von Berlin zunächst nach Erfurt, später nach Leipzig verlegt. Die südwestdeutsche Widerstandsstruktur konzentrierte sich auf Gruppen im Rhein-Main-Gebiet und im Raum Mannheim/Ludwigshafen.⁵¹ Letztere waren die größten konspirativ arbeitenden Gruppen jenes Strukturbereichs überhaupt mit zusammen zwischen 45 und 70 Aktivisten. Die Stützpunkte in Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Münster bei Dieburg, Mörfelden, Flörsheim und Wiesbaden waren schon zur legalen Zeit erheblich kleiner gewesen, ebenso die in Worms und in Alzey. Als Leiter der Rhein-Main-Struktur fungierte bis zu seiner Flucht im Herbst 1933 Gustav Doster aus Darmstadt, wo sich auch die zentrale Anlaufstelle für Kuriersendungen befand.

Die Mannheim/Ludwigshafener Anarcho-Syndikalisten gaben 1934 zwei hektografierte Propagandaorgane heraus: das „Fanal. Revolutionäre-sozialistische Monatsblätter“ sowie „Der Hessische Landbote“. Im Odenwald bzw. an der Bergstraße kamen Abgesandte der diversen Stützpunkte aus der Region verschiedentlich zu konspirativen Unterredungen zusammen. Ihre überregionalen Verbindungen reichten u.a. nach Kassel und Leipzig, auch bis ins Saargebiet sowie nach Amsterdam zur dortigen Exilgruppe Deutsche Anarcho-Syndikalisten (DAS), die seit Ende 1933 unter Dosters Regie wichtige logistische Funktionen für die antinazistische Inlandsarbeit der FAUD erfüllte. Ende 1934 gelang es der Gestapo infolge einer Denunziation, in die südwestdeutsche Struktur einzubrechen. In kurzen Abständen erfolgten bis zum Frühjahr 1935 Festnahmen führender Anarcho-Syndikalisten in Darmstadt, Frankfurt, Offenbach, Mannheim und Ludwigshafen; später kam es zu weiteren Verhaftungen in Heilbronn, Ulm, Stuttgart und Göppingen. Während damit die FAUD südlich der Mainlinie zerschlagen war, wurden ihre konspirativen Verbindungen reichsweit erst 1937/38 weitgehend zerstört. Bestimmte Reststrukturen blieben trotzdem erhalten, was sich etwa daran zeigte, dass den Angehörigen der Inhaftierten die unauffällige

50 Siehe hierzu z.B.: HARTMUT RÜBNER: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus. Berlin, Köln 1994 (Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte, Bd. 5); ANDREAS G. GRAF/DIETER NELLES: Widerstand und Exil deutscher Anarchisten und Anarchosyndikalisten (1933-1945). In: RUDOLF BERNER: Die unsichtbare Front. Bericht über die illegale Arbeit in Deutschland (1937). Köln 1997 (Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte, Bd. 7), S. 71-129; ANDREAS G. GRAF: Selbstbehauptung und Widerstand deutscher Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten. In: DERS. (Hrsg.): Anarchisten gegen Hitler. Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten, Rätekommunisten in Widerstand und Exil. Berlin 2001, S. 35-61; FOITZIK (wie Anm. 32), S. 29ff., 88ff. u. 158f.

51 AXEL ULRICH: Syndikalistischer Widerstand in Hessen und im Raum Mannheim-Ludwigshafen. In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 198-212; siehe auch: Materialsammlung A. Ulrich zum dortigen Widerstand der FAUD-(Anarcho-Syndikalisten), StadtA WI Best. NL 75 Nr. 164-166.

Solidarität und Hilfeleistung ihrer in Freiheit verbliebenen Freunde weiterhin zuteil wurde.

Gewerkschaftliche Widerstandsgruppen

Auch Organisationsreste der von den Nazis im Frühjahr 1933 zerschlagenen Gewerkschaftsverbände nahmen sehr bald die Widerstandsarbeit gegen das „Dritte Reich“ auf. Grundsätzlich gab es dabei zwei unterschiedliche Vorgehensweisen bzw. Strukturformen: Entweder gingen die Aktivitäten von Teilen der Verbandsbasis aus, d.h. Funktionäre unterer bzw. mittlerer Organisationsebenen und engagierte Mitglieder ergriffen auf betrieblicher Ebene sowie im lokalen oder regionalen Rahmen die Initiative, um dem NS-Staat als konspirativ arbeitende Widerstandsgruppen die Stirn zu bieten, oder aber Funktionäre der oberen Strukturebenen versuchten, der vollständigen Unterdrückungssituation gleichfalls angepasste Organisationsformen herauszubilden, wobei von vornherein eine überregionale bzw. reichsweite Ausdehnung angestrebt wurde. Hier wie dort ging es mindestens um die Aufrechterhaltung bestimmter Gruppenstrukturen, um die Schaffung informeller Kontaktnetze zur Durchbrechung des faschistischen Informationsmonopols sowie um den Versuch einer weiteren, jetzt jedoch verdeckten Interessenwahrnehmung im Sinne der lohnabhängig Beschäftigten, wenngleich all dies in nun arg reduzierter Form. In beiden Fällen erfolgte dieser Widerstand in der Regel in enger Kooperation mit so genannten Auslandsleitungen oder Exilgruppen bzw. mit Unterstützung der jeweiligen Internationalen Berufssekretariate.

Primärziel all jener Bestrebungen war die Schaffung bzw. der Erhalt organisatorischer Kristallisationskerne für regimekritische Gewerkschaftsmitglieder, damit diese im geeigneten Moment, d.h. in einer Streik-, wenn nicht gar Umsturzsituation, ihrerseits als Ansprechpartner für weitere aktionsgewillte Belegschaftsangehörige bzw. auch für andere antinazistische Personengruppen dienen könnten. Solche Aktivitäten zielten generell weit über den unmittelbaren betrieblichen Bereich sowie den sozialpolitischen Kontext hinaus. Seinem Selbstverständnis nach war gewerkschaftlicher Widerstand gegen das „Dritte Reich“ immer zugleich politischer Widerstand, ein Faktum, das übrigens auch von der NS-Verfolgerseite nie anders gesehen wurde.⁵² Auch für das Rhein-Main-Gebiet sind eine Vielzahl gewerkschaftlicher Widerstandsaktivitäten nachweisbar, wobei al-

52 Siehe hierzu z.B. die Überblicksdarstellungen: WILLY BUSCHAK: „Arbeit im kleinsten Zirkel“. Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Hamburg 1993; MICHAEL SCHNEIDER: Gewerkschafter unter nationalsozialistischer Diktatur. Verfolgung, Widerstand und Exil 1933–1945. In: DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Erschlagen – Hingerichtet – In den Tod getrieben. Gewerkschafter als Opfer des Nationalsozialismus. Bonn 1995, S. 9-34; GERHARD BEIER: Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945. Köln 1981; dazu aus kommunistischer Perspektive: JÜRGEN HARRER: Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das „Dritte Reich“. In: FRANK DEPPE/GEORG FÜLBERTH/J. HARRER (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 4., aktual. u. neu bearb. Aufl. Köln 1989, S. 343-413. – Siehe ebenso die exzellente Edition: SIEGFRIED MIELKE/MATTHIAS FRESE (Bearb.): Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933-1945. Frankfurt a.M. 1999 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 5).

lerdings im Rahmen dieses Beitrages nur einige wenige Beispiele vorgestellt werden können:

Zu nennen sind zunächst zwei miteinander kooperierende Jugendgruppen des **Zentralverbandes der Angestellten (ZdA)** in Frankfurt und Darmstadt.⁵³ Die Frankfurter ZdA-Jugend hatte unter Anleitung von Paul Müller, seinerzeit zuständig für die Jugend- und Bildungsarbeit im Gau Hessen, schon am Silvesterabend 1932 beschlossen, sich durch die Bildung von Fünfergruppen und die Einübung konspirativer Techniken auf die Untergrundarbeit vorzubereiten. Wie auch die Darmstädter Gruppe operierte sie auf der Basis des Einheitsfront-Gedankens, d.h. in beiden Gruppen agierten Mitglieder von SPD, KPD, SAP sowie Trotzlisten bzw. solche aus deren Jugendorganisationen, dazu noch Arbeitersportler, Naturfreunde, auch mehrere Studenten. In Frankfurt umfasste die eigentliche Widerstandsstruktur bis zu 100 ZdA-Jugendliche, etwa die gleiche Anzahl zählte zu ihrer Peripherie. In Darmstadt waren lediglich sechs oder sieben Gewerkschafter von vordem rund 40 organisierten Jungangestellten in die konspirative Arbeit eingebunden. Die Frankfurter Struktur wurde durch die dortige KPD-Bezirksleitung unmittelbar beeinflusst. Gelegentliche Treffen beider Gruppen dienten vor allem Schulungszwecken oder wurden genutzt, um Wehrsportübungen durchzuführen. In Frankfurt wurden antinazistische Flugblätter angefertigt und verteilt, aber auch Materialien diverser politischer Gruppierungen verbreitet. Diese wurden zum Teil aus dem Ausland bezogen und ebenso an die Darmstädter Gruppe weitergeleitet. Als Kurierin fungierte Maria Weingärtner aus Griesheim. 1934 trat die Frankfurter Gruppe mit einem eigenen hektografierten Presseorgan hervor: „Der junge Kämpfer“, der in Kooperation mit Jungkommunisten sowie in loser Verbindung mit Wolfgang Abendroth in einer Auflage von rund 500 Stück produziert wurde; über die kommunistische Schiene wurde die Zeitung bis nach Mainz verbreitet. Wegen Verhaftungen im Herbst des gleichen Jahres konnte die zweite Ausgabe schon nicht mehr erscheinen.

Paul Grünewald, der konspirative Leiter der Frankfurter Gruppe, hat die Zielsetzung des Widerstandes der ZdA-Jugendlichen im Nachhinein wie folgt umrissen: Es sei darum gegangen, „1. möglichst viele Jugendliche“ aus den eigenen „Reihen dem faschistischen Einfluss fernzuhalten; 2. einen engeren Kreis in Zirkeln zu erfassen und politisch zu schulen; 3. einen noch engeren Kreis in engste Zusammenarbeit mit den großen illegalen Apparaten zu bringen.“⁵⁴ Von dem Verhaftungsschlag gegen beide Gruppen waren etwa 30 Gewerkschaftsjugendliche betroffen. Gegen 21 von ihnen wurde Anklage erhoben. Acht, davon zwei Frauen, wurden zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Obwohl bei weitem nicht die gesamte Gruppenstruktur aufgedeckt worden war, erlosch damit die Widerstandsarbeit dieser beiden ZdA-Jugendgruppen.

53 Siehe hierzu vor allem die beiden Zeitzeugenberichte: PAUL GRÜNEWALD: Frankfurter ZdA-Jugend im Widerstand. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 54-59; FRITZ WITTERSHEIM: Die Arbeit der Darmstädter ZdA-Jugend. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 59-65; dazu auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand der ZdA-Jugendgruppen in Frankfurt und Darmstadt, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 325.

54 MAUSBACH-BROMBERGER (wie Anm. 28), S. 92.

Gleichfalls seit 1933 waren in verschiedenen Betrieben in Frankfurt und Umgebung gewerkschaftliche Widerstandszellen aktiv, die entweder früh mit den Sozialdemokraten bzw. Mitgliedern oder Funktionären des verbotenen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) Fredi Faatz, Hans Lutz, Georg Bender und Otto Meyer in Berührung gekommen oder die von diesen sogar initiiert worden waren.⁵⁵ Jene Aktivisten standen in konspirativem Kontakt mit dem emigrierten früheren Frankfurter ADGB-Sekretär und Reichsbannerführer Anton Döring, der ab 1930 zugleich Exekutivkomitee und Generalrat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) angehörte. Er und einige seiner Kollegen hatten 1933 Hals über Kopf flüchten müssen, nachdem ihre Vorbereitungen zur bewaffneten antinazistischen Gegenwehr der Frankfurter Arbeiterschaft offenbar geworden waren. Um den Aufbau einer Widerstandsorganisation für ganz Südwestdeutschland zu besprechen, wurden verschiedentlich Reisen zu Döring in die Schweiz unternommen, wobei Unterstützungsgelder überbracht und die Details des konspirativen Vorgehens wie etwa der Informations- und Materialaustausch geregelt wurden.

Im Frühjahr 1934 stand die gewerkschaftliche Exilgruppe um Döring noch in Verbindung mit vier Frankfurter Widerstandsgruppen, die ihrerseits über Kontakte verfügten zu Gesinnungsfreunden in Offenbach und Darmstadt; die größte jener Frankfurter Gruppen soll immerhin 60 Personen umfasst haben. Beispielsweise liefen konspirative Verbindungen über den früheren ZdA-Funktionär Paul Müller zur Widerstandsstruktur der Jungangestellten sowie über Wolfgang Abendroth zum „Neu Beginnen“-Stützpunkt in der Mainmetropole. Aus der Schweiz wurde seit 1934 das dort hergestellte Funktionärsorgan „Der Funke. Informations- und Diskussionsorgan der Freigewerkschafter in Südwest-Deutschland“, das der Widerstandsstruktur dann ihren Namen gab, ins Rhein-Main-Gebiet eingeschleust und in Frankfurt, Offenbach, Mainz, Wiesbaden, Darmstadt, auch in Gießen, Mannheim und Heidelberg verbreitet. Zeitweilig wurden dem „Funken“ die „AfA-Nachrichten. Allgemeiner Freier Angestelltenbund – Bezirk Südwestdeutschland“ als Beilage beigelegt. Für die Belieferung von u.a. Mainz mit jenem Material waren Aktivisten des ZdA zuständig.⁵⁶ 1937 wurde in Betrieben des Rhein-Main-Gebietes eine Solidaritäts- bzw. Geldsammlung für in Spanien gegen den Faschismus kämpfende Gesinnungsgenossen durchgeführt. Wegen der Festnahme ihrer führenden Funktionäre und etlicher ihrer engsten Mitstreiter wurde die Inlandsarbeit der „**Funken**“-Gruppe im Frühjahr 1938 komplett lahmgelegt.

Außerdem verfügten zwei kleinere Gewerkschaften über entsprechende Verbindungen auch im Rhein-Main-Gebiet: So sammelte der **Verband der Nah-**

55 Siehe hierzu z.B.: PAUL MÜLLER: „Wir wollten die Welt verändern.“ Stationen im Leben eines Altsozialisten. Frankfurt a.M., Olten, Wien 1987; MAUSBACH-BROMBERGER (wie Anm. 28), S. 129 u. 135ff.; BUSCHAK (wie Anm. 52), S. 165-168; MIELKE/FRESE (wie Anm. 52), siehe: Register; HERMANN WICHERS: Im Kampf gegen Hitler. Deutsche Sozialisten im Schweizer Exil 1933–1940. Zürich 1994, S. 240-244; ULRICH (wie Anm. 19), S. 104-108; siehe auch meinen Beitrag: Die Funkengruppe. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 96-98; ebenso: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand der „Funken“-Gruppe, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 968.

56 MÜLLER (wie Anm. 55), S. 122ff.

runngsmittel- und Getränkearbeiter (VNG) innerhalb seiner früheren Mitgliedschaft ebenfalls unverfälschte Nachrichten u.a. zur betrieblichen und sozialpolitischen Situation im „Dritten Reich“ und leitete diese an die Internationale Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens- und Genussmittelindustrie weiter.⁵⁷ Später kam antinazistische Propagandaarbeit hinzu. Beispielsweise wurde anlässlich der faschistischen „Vertrauensleutewahlen“ zur Stimmenthaltung aufgerufen. Widerstandsaktivitäten von VNG-Gewerkschaftern sind in dieser Region und ihrem Einzugsbereich belegt für Frankfurt, Darmstadt, Mannheim, Koblenz und Mainz. An einer Unterredung konspirativ arbeitender VNG-Gewerkschafter in Zürich im Juli 1935 nahmen Vertreter hauptsächlich aus Berlin und Umgebung sowie aus Frankfurt am Main teil. Spätestens Ende 1938 waren die konspirativen Strukturen des VNG reichsweit vollständig zerschlagen, nachdem schon in den Jahren zuvor verschiedene Verhaftungsschläge gegen sie erfolgt waren.

Der **Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (ZVHRC)**, der vordem lediglich verdeckte informelle Kontakte zu einigen seiner früheren Funktionäre, z.B. in Frankfurt, hatte aufrechterhalten können, reaktivierte im Juni 1935 seine „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“. Das Monatsperiodikum wurde im Wesentlichen durch die Internationale Union der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten (IUHRC) sowie die französische Lebensmittelarbeitergewerkschaft finanziert.⁵⁸ Es wurde im Ausland in einer Gesamtauflage, die 200 Stück nie überschritten haben dürfte, produziert und schließlich an rund 100 Gewerkschafter in ganz Deutschland versandt, darunter an acht Bezieher in Frankfurt am Main. Dort wurden auch wiederholt Gelder zur Unterstützung der Reorganisationsansätze im Exil gesammelt. Das konspirative Verbindungsnetz des ZVHRC kam freilich aus dem Stadium eines oppositionellen Lesezirkels nicht hinaus. Der Aufbau eines funktionsfähigen Vertrauensleutenetzes misslang. Die riskante Zustellung des Verbandsorgans per Post führte schon im Juli 1935 in Frankfurt, bald darauf auch in anderen Städten zu ersten Festnahmen. Im Herbst 1936 gelangte die Gestapo in den Besitz der kompletten Bezieherliste der „Gastwirtsgehilfen-Zeitung“. Trotzdem konnten Reste der Frankfurter Gruppe erst im März 1938 aufgerieben werden.

Eine der größten und zugleich effektivsten Widerstandsorganisationen überhaupt war die des **Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands (EdED)**.⁵⁹ Sie wurde geleitet von Hans Jahn, bis 1933 Sekretär der Organisati-

57 WILLY BUSCHAK: Von Menschen, die wie Menschen leben wollten. Die Geschichte der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten und ihrer Vorläufer. Köln 1995, S. 256-261.

58 WILLY BUSCHAK: Kellner im Widerstand. In: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 8. Bochum 1987, S. 165-174; BUSCHAK (wie Anm. 57), S. 261-264; BUSCHAK (wie Anm. 52), S. 143-154; MAUSBACH-BROMBERGER (wie Anm. 28), S. 128 u. S. 139; siehe auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 391.

59 Siehe hierzu z.B.: HELMUT ESTERS/HANS PELGER: Gewerkschafter im Widerstand. 2., mit einem forschungsgeschichtlichen Überblick von Alexandra Schlingensiepen versehene Aufl. Bonn 1983; BUSCHAK (wie Anm. 52), S. 66-91; MIELKE/FRESE (wie Anm. 52), S. 27-33 sowie Dokumente 54-90; siehe auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand der Eisenbahnergewerkschafter in Hessen, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 515.

onsabteilung im Vorstand des Verbandes und seit Herbst jenes Jahres zugehörig zum harten Kern der Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften. Noch 1933 begannen er und einige weitere Funktionäre damit, systematisch ein konspiratives Vertrauensleutenetz zu knüpfen, das bald reichsweite Ausdehnung besaß. Nachhaltig unterstützt wurden jene Aktivitäten durch die ITF und deren Generalsekretär Edo Fimmen. Es wurden Fluchtwege für Verfolgte organisiert, außerdem Informationen vor allem zur Situation in den Reichsbahnbetrieben beschafft, dazu Lage- und Stimmungsberichte zur Aufklärung des Auslandes über die Verhältnisse im faschistischen Deutschland erstellt und dann weitergeleitet. Umgekehrt wurden meist von den Niederlanden aus, ebenso aus dem Saargebiet per Bahn sowie über die Seehäfen und Wasserstraßen antinazistische Propagandaschriften nach Deutschland eingeschleust. Ab 1936 wurde hierfür zudem das Funktionärsorgan „Fahrt-frei für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Sektion der ITF“ in einer Auflage von monatlich 500 Stück produziert und nach Deutschland geschmuggelt. Später kam es zur Zusammenarbeit mit dem ISK, partiell auch mit „Neu Beginnen“. Mitte der 1930er Jahre verfügte die Kaderorganisation reichsweit über fast 140 Stützpunkte mit annähernd 300 Stützpunktleitern und mehr als 1.300 Funktionären.

Im Rhein-Main-Gebiet bestand eine Verankerung in Frankfurt, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden und Rüsselsheim, dort mit unmittelbarer Anbindung an die Opel-Werke. Mainz beispielsweise, wo Konrad Roth Vertrauensleute angeworben hatte, wurde alle ein bis zwei Wochen konspirativ kontaktiert. Auch die Verbindung mit Heinrich Engel in Darmstadt, zuständig für den illegalen Gau Hessen-Nassau, zu dem außer den Stützpunkten im Rhein-Main-Gebiet auch die in Fulda und Bingen gehörten, wurde in regelmäßigen Abständen durch Hugo Bachmann im Zuge seiner reichsweiten Kuriertätigkeit realisiert. Nachdem Jahn im Anschluss an eine Ostern 1935 in Roskilde in Dänemark durchgeführte geheime Funktionärskonferenz der ITF durch die Gestapo vorübergehend festgenommen worden war, nach seiner irrtümlichen Freilassung aber umgehend ins Ausland zu fliehen vermocht hatte, leitete er seine Widerstandsorganisation von den Niederlanden, später von Belgien bzw. Luxemburg aus. Während die konspirativen Strukturen der an der Konferenz ebenfalls beteiligten Gruppen des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs kurz darauf zerschlagen wurden, konnte Jahns Vertrauensleutenetz in Westdeutschland ohne größere Komplikationen bis 1937 weiterarbeiten. Dann jedoch erfolgte die Festnahme etlicher konspirativer Spitzenfunktionäre, was zu einer kurzen Periode des Stillhaltens führte.

Nachdem eine Sondierung erbracht hatte, dass die sonstigen Verbindungen, auch die ins Rhein-Main-Gebiet, nicht in Mitleidenschaft geraten waren, nahm man umgehend die Rekonstruktion der Untergrundorganisation und die Reaktivierung der Kader vor. Der süddeutsche Strukturbereich ging indessen 1938 hoch. Zu jener Zeit hatten Jahns Mitstreiter längst die Gewinnung von Meldungen über die deutschen Kriegsvorbereitungen ins Zentrum ihrer Aktivitäten gerückt. Solche Nachrichten erreichten Jahn u.a. auch aus Darmstadt. Mit Kriegsbeginn wurden die EdED-Aktivitäten um Formen zum Teil höchst effektiver Sabotage erweitert.

Bis Anfang 1940 funktionierte der verbliebene konspirative Apparat relativ reibungslos, auch die Verbindung nach Frankfurt am Main war noch weitgehend intakt. Gleichwohl erlahmte der Widerstand der EdED-Kader nun allmählich. Dies wurde nicht zuletzt verursacht durch die zahlreichen Einberufungen zur Wehrmacht wie durch den zunehmenden Austausch von zivilem Bahnpersonal durch Militär. Sogar als den Nazis nach der Besetzung Luxemburgs Listen in die Hände fielen, aus denen der beeindruckende Umfang von Jahns Widerstandsorganisation deutlich hervorging und wodurch es zu 120 Festnahmen in ganz Deutschland kam, konnte die konspirative Gesamtstruktur nicht vollends aufgedeckt werden. Auch im Rhein-Main-Gebiet kam es zu Festnahmen; da den Betroffenen aber nichts nachzuweisen war, wurden sie bald darauf wieder auf freien Fuß gesetzt. Bestimmte Gruppenstrukturen oppositioneller Eisenbahnergewerkschafter bestanden selbst dann noch weiter fort, etwa im Reichsbahnausbesserungswerk Frankfurt-Nied, wo eine rund 40-köpfige Widerstandsgruppe bis zum Kriegsende stabil blieb.

Solchen Strukturkernen war eine wichtige Rolle zgedacht im Rahmen des Vorhabens Wilhelm Leuschners und seiner Mitstreiter, als flankierende Maßnahme eines vom Militär durchgeführten Staatsstreichs den Generalstreik auszurufen. Jedenfalls sollen in Mainz, einem der strategisch wichtigsten Verkehrsknotenpunkte Deutschlands, durch Anton Calujek und einige andere Eisenbahnergewerkschafter 1944 in der Tat die erforderlichen Vorbereitungen zu einem Eisenbahnerstreik als Initialzündung für einen Generalstreik getroffen worden sein.⁶⁰ Im Zusammenhang mit dem „20. Juli“ soll zumindest im Reichsbahnausbesserungswerk Mainz ein spontaner Streik ausgebrochen sein.⁶¹ Ähnliche Überlegungen waren übrigens von Leuschner bereits Ende der 1930er Jahre angestellt worden, als erstmals durch antinazistische Kreise aus Bürgertum, Arbeiterbewegung und Militär ein Aufstand gegen Hitler erwogen wurde.⁶²

Auch eine **Gruppe christlicher Gewerkschafter**, die ab 1937/38 im Rhein-Main-Gebiet wirkte, verfügte später über eine informelle Verbindung zum zivilen Untergrund der „20. Juli“-Verschwörung.⁶³ Deren Mitglieder entstammten sämtlich den 1933 ebenfalls zerschlagenen Christlichen Gewerkschaften bzw. der Katholischen Arbeiterbewegung. Es handelte sich hierbei im gewissen Sinne um eine Sonderform gewerkschaftlichen Widerstandes, um eine antinazistische Solidargemeinschaft nämlich, die sich zum oppositionellen Gedankenaustausch traf, illegales Schriftenmaterial kirchlicher Herkunft vervielfältigte und verbreitete

60 So der Zeitzeugenbericht von EMIL HENK: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. 2., erw. Aufl. Heidelberg 1946, S. 49f. u. S. 60.

61 So ein Hinweis bei KARL OTMAR FREIHERR VON ARETIN: Der deutsche Widerstand gegen Hitler. In: Ders. u.a.: Darmstadt und der 20. Juli 1944. Zehn Beiträge. Darmstadt 1974 (Darmstädter Schriften, 35), S. 7-38, hier: S. 36.

62 ALLEN WELSH DULLES: Verschwörung in Deutschland. Zürich 1948, S. 146; PETER HOFFMANN: Widerstand – Staatsstreich – Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler. 4., neu überarb. u. erg. Ausg. München, Zürich 1985, S. 135 u. 159.

63 Hierzu: AXEL ULRICH: Verfolgung und Widerstand christlicher Gewerkschafter im Rhein-Main-Gebiet während der NS-Diktatur. In: Nassauische Annalen, Bd. 101 (1990), S. 185-198; siehe auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand christlicher Gewerkschafter in Hessen, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 199.

sowie die Angehörigen verfolgter Gesinnungsfreunde ideell und materiell unterstützte. Im Frühjahr 1938 wurden 16 Personen aus Frankfurt, Offenbach, Oberursel, Mainz-Kastel und Mainz verhaftet, fast ausnahmslos Vorstandsmitglieder katholischer Arbeitervereine. Ohne Anklageerhebung blieben sie monatelang inhaftiert, in manchen Fällen sogar über ein Jahr lang. Nach ihrer Haftentlassung bewahrten sie unbeirrt ihren Zusammenhalt als kleiner Zirkel, obgleich im Regierungsbezirk Wiesbaden seit Anfang 1939 auch alle katholischen Arbeitervereine aufgelöst waren. Über geheime Informationskanäle blieben sie an das in ganz Deutschland weit verzweigte Netz katholischer Oppositioneller angekoppelt.

Eine ihrer Verbindungen führte zu Ferdinand Grün nach Wiesbaden, bis 1933 Sekretär des Bezirksverbandes der katholischen Arbeiter- und Männervereine, Vorstandsmitglied des örtlichen Reichsbanners sowie für das Zentrum im dortigen Stadtparlament und Magistrat; dieser war in einen überparteilichen, gleichwohl bürgerlich-liberal dominierten Oppositionszirkel eingebunden, der 1945 zu einer Keimzelle des kommunalpolitischen Wiederaufbaus werden sollte. Über Josef Arndgen, vordem Leiter des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hessen und Hessen-Nassau sowie Vorsitzender des Zentralverbandes Christlicher Lederarbeiter, bestand zudem eine Verbindung zu Willi Richter⁶⁴ in Frankfurt, dem engen Vertrauten Wilhelm Leuschners im Widerstand. Richter unterrichtete seinen Freund Arndgen zumindest in groben Zügen über die Umsturzvorbereitungen der Verschwörer des „20. Juli“. Insofern gehörte diese Gruppe christlicher Gewerkschafter mit großer Wahrscheinlichkeit gleichfalls zu den zahllosen zivilen Kadern, die nach einem Umsturz unverzüglich hätten aktiviert werden sollen, um dem Unternehmen die erforderliche demokratische Stoßrichtung zu geben. Im Zuge der reichsweiten Fahndungsaktion im Anschluss an den „20. Juli“ konnte zwar keine konspirative Verbindung aufgespürt werden, die zu Arndgen und seinen Gesinnungsfreunden geführt hätte, gleichwohl wurden er wie auch Grün im August 1944 festgenommen und für einige Zeit inhaftiert. Seit dem Frühjahr 1945 beteiligten sich nahezu alle Mitglieder der Gruppe am demokratischen Wiederaufbau. Ihre politische Heimat fanden sie ausnahmslos in der neu gegründeten CDU, für die sie vielfach in die Parlamente auf kommunaler, Landes- bzw. Bundesebene rückten. So fungierte Josef Arndgen beispielsweise von 1947 bis 1949 als Hessischer Minister für Arbeit und Wohlfahrt.

Kommunistischer Widerstand

Die von den Kommunisten organisierten Widerstandsstrukturen und deren Aktivitäten⁶⁵ unterschieden sich hinsichtlich ihrer Intensität und Kontinuität von denen aller anderen antinazistischen Parteien, Verbände und Gruppierungen. Auch rein quantitativ dominierten sie die gesamte gegen das „Dritte Reich“ gerichtete

64 GERHARD BEIER: Willi Richter. Ein Leben für die soziale Neuordnung. Köln 1978.

65 Siehe hierzu z.B.: HORST DUHNKE: Die KPD von 1933 bis 1945. Köln 1972; SIEGFRIED BAHNE: Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932-1935. Frankfurt a.M., New York 1976; dazu aus kommunistischer Perspektive z.B.: HEINZ KÜHNRICH: Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur 1933 bis 1945. Berlin 1983; bemerkenswert differenziert dagegen: ALLAN MERSON: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland. Bonn 1999.

Opposition bei weitem. Dies gilt gleichermaßen für das Rhein-Main-Gebiet.⁶⁶ Dort war der Kernbereich des konspirativen **KPD-Bezirks Hessen-Frankfurt**, der sich bis nach Amorbach, Aschaffenburg, Fulda, Marburg, Gießen, Wetzlar und Limburg sowie nach Bad Kreuznach und Worms erstreckte. Am Ende der Weimarer Republik hatten der KPD in jenem Bezirk nicht ganz 17.000 Mitglieder angehört, die in über 500 Ortsgruppen, Stadtteil- bzw. Betriebszellen erfasst waren. Reichsweit war die KPD mit insgesamt rund 300.000 Mitgliedern und fast fünf Millionen Wählern zuletzt die drittstärkste Partei nach NSDAP und SPD gewesen. Nach der Machtübertragung an Hitler wähten sich die Kommunisten weiterhin in einer vorrevolutionären Situation und glaubten, sie könnten relativ rasch die Bedingungen zum Sturz des NS-Regimes herbeiführen, um anschließend ein Räteregime nach sowjetrussischem Vorbild zu errichten. Deshalb orientierten sie ihre bis zum Sommer 1933 wegen der vielen Abtrünnigen ohnehin auf kaum mehr als ein Drittel der früheren Mitgliederzahl zusammengeschrumpfte Anhängerschaft zunächst auf einen äußerst verlustreichen Massenwiderstand, der sich in den Statistiken zur politischen Verfolgung dementsprechend deutlich niedergeschlagen hat.⁶⁷

Dabei waren die Kommunisten längst nicht so gut auf die konspirative Arbeit vorbereitet, wie dies von den meisten ihrer Veteraninnen und Veteranen aus dem Widerstand sowie ihren Parteihistorikern später behauptet wurde. Zwar waren Formen der Konspiration bereits während der Weimarer Republik praktiziert worden, beispielsweise im betrieblichen Bereich oder im Rahmen des seit 1929 illegalisierten paramilitärischen Roten Frontkämpfer-Bundes. Ebenso waren für den Notfall durchaus schon gewisse Vorkehrungen getroffen worden, wie etwa die Einrichtung von Ausweichquartieren für verfolgte Spitzengenosse sowie von Verstecken für Druckgeräte, Propagandamaterial und dergleichen oder auch die Einübung von Verhaltensweisen in Verhörsituationen. Aber alles dies reichte längst nicht aus, dem ungeheuren Verfolgungsdruck zu trotzen, dem sie sogleich ausgesetzt waren. Freilich sind ihre horrenden Verhaftungsquoten gleichzeitig untrüglicher Indikator für die hohe Risikobereitschaft und den enormen antina-

66 Eine spezielle Untersuchung zum KPD-Widerstand im Rhein-Main-Gebiet fehlt bislang. Daher muss auf die recht umfangreiche lokalgeschichtliche Literatur verwiesen werden, siehe: FABRICIUS/STEFFENS u.a. (wie Anm. 6); ULRICH/KNIGGE-TESCHE (wie Anm. 6); ebenso die auf das Gebiet des gesamten heutigen Bundeslandes Hessen bezogene prägnante Zusammenfassung: ROLF ENGELKE/WOLFGANG FORM: Kommunistischer Widerstand und NS-Verfolgungspraxis in Hessen. In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 213-235.

67 So entfielen schätzungsweise drei Viertel aller vom „Volksgerichtshof“ verhandelten Fälle von politischem Widerstand auf Mitglieder der KPD und ihrer Nebenorganisationen, siehe: WOLFGANG FORM/ROLF ENGELKE: „Hochverrat“ – „Heimtücke“ – „Wehrkraftzersetzung“. Zur politischen Strafjustiz in Hessen. In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 26-43, hier: S. 31f. – Eine vorläufige Auswertung des erhaltenen Quellenmaterials hat erbracht, dass allein durch den „Volksgerichtshof“ sowie die hessischen Oberlandesgerichte von 1933 bis 1945 etwa 2.800 Mitglieder der KPD und ihrer Nebenorganisationen aus den beiden Bezirken Hessen-Frankfurt und Hessen-Waldeck (Kassel) abgeurteilt wurden; das bedeutet, dass mindestens 17 Prozent der Ende 1932 dort organisierten Kommunisten strafrechtlich verfolgt wurden, siehe: ENGELKE/FORM (wie Anm. 66), S. 230. Hierbei sind freilich all jene Fälle nicht berücksichtigt, die auf andere Weise verfolgt wurden oder die nicht aufgedeckt wurden.

zistischen Kampfgeist der Kommunisten, denen Respekt hierfür nicht zu versagen ist. Andererseits darf ebenfalls nicht übersehen werden, dass die Weimarer Republik von ihnen nicht minder vehement abgelehnt und genauso energisch bekämpft worden war. Zudem wurden sämtliche nichtkommunistischen Nazigegner – auch solche übrigens, die wie sie revolutionäre Zielsetzungen verfolgten – von ihnen ständig heftig attackiert und diffamiert, wodurch allein schon eine gemeinsame antinazistische Abwehrfront wenigstens nur aller Linkskräfte unmöglich gemacht wurde.

Die KPD versuchte ihren Widerstand straff hierarchisch zu organisieren. Den Anweisungen der illegalen Landesleitung in Berlin sollten die Leitungen der – bereits seit 1932 zu Oberbezirken zusammengefassten – Bezirksorganisationen und damit auch die Unterbezirks- und Ortsleitungen usw. strikt Folge leisten. Seit dem Herbst 1933 fungierte die Landesleitung nur noch als operativer Stab. Ab 1934 erfolgte die Anleitung des Parteiapparates verstärkt von außen durch das zuvor komplett nach Paris ausgewichene Politbüro. Eine wichtige Schaltstelle zwischen dieser Auslandsleitung des Zentralkomitees (ZK) der KPD und ihren Widerstandsstrukturen im faschistischen Deutschland waren die entlang der Reichsgrenzen eingerichteten Stützpunkte, die später zu Abschnittsleitungen ausgebaut wurden.

Für das Rhein-Main-Gebiet war bis 1935 der Posten im Saargebiet zuständig. Seit Juni 1934 fungierte dort als Chefkoordinator der KPD für ganz Südwestdeutschland Herbert Wehner⁶⁸, nach eigenen Angaben vordem zuständig für die Organisierung bzw. Koordinierung der konspirativen Arbeit reichsweit. Zur gleichen Zeit wirkte neben ihm Erich Honecker⁶⁹ als Oberberater Südwest für den Kommunistischen Jugendverband. Der von ihnen bearbeitete Oberbezirk umfasste die Pfalz, Hessen, Württemberg, Baden und die Saar. Beide reisten wiederholt illegal ins Rhein-Main-Gebiet. Ihre Hauptziele in dieser Region mit ihrem beachtlich engmaschigen Netz kommunistischer Widerstandsstrukturen waren die Städte Frankfurt, Offenbach, Darmstadt und Mainz. Wehner hat später im Moskauer Exil mehrfach auf seine Rolle als Drahtzieher des angeblich im Spätsommer 1934 zustande gekommenen „Einheitsfront“-Abkommens der Bezirksleitung Hessen-Frankfurt seiner Partei mit der SPD-Bezirksleitung Hessen-Nassau⁷⁰ hingewiesen.⁷¹ Nachdem am 13. Januar 1935 über 90 Prozent der Saarländer für die

68 HERBERT WEHNER: Zeugnis. Hrsg. v. GERHARD JAHN. Köln 1982, S. 107 u. S. 122; HARTMUT SOELL: Der junge Wehner. Zwischen revolutionärem Mythos und praktischer Vernunft. Stuttgart 1991, S. 324ff.

69 ERICH HONECKER: Aus meinem Leben. Berlin 1980, S. 80f.; erster Nachkriegslebenslauf Honeckers vom 12. Mai 1945. In: PETER PRZYBYLSKI: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker. Berlin 1991, S. 232ff., hier: S. 233.

70 Während in Saarbrücken, Mannheim, Hannover, Essen, Dortmund, Düsseldorf und etlichen anderen Städten tatsächlich solche „Einheitsfront“-Vereinbarungen zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandsstrukturen getroffen wurden, ist ein entsprechendes Abkommen durch die KPD-Bezirksleitung Hessen-Frankfurt zwar angebahnt worden, fand dann aber letztendlich keine Zustimmung der obersten Leitung des SPD-Bezirks Hessen-Nassau, siehe hierzu meine Analyse in: ULRICH (wie Anm. 19), S. 109-119.

71 So z.B. in seinem unter dem Decknamen „Kurt Funk“ verfassten Lebenslauf vom 24. März 1937, abgedruckt in: REINHARD MÜLLER: Die Akte Wehner. Moskau 1937 bis 1941. Berlin 1993, S. 42-54, hier: S. 51f.

Rückgliederung an das Deutsche Reich votierten, musste die KPD ihren dortigen Stützpunkt räumen.

Die Direktiven der Oberberater respektive der Parteiführung wurden für gewöhnlich durch Instruktoren und Kuriere an die konspirativen Führungskader in den Bezirken weitergeleitet. Auf diese Weise konnte jedenfalls noch in den ersten beiden Jahren der Diktatur die kontinuierliche Anbindung der Parteibasis an das ZK gewährleistet werden. Aber gerade die regionalen Führungsstäbe wurden durch die Gestapo immer wieder rasch zerschlagen, wenngleich sie zunächst noch jeweils umgehend neu gebildet werden konnten. Die letzte Landesleitung der KPD wurde kurz nach ihrer Einsetzung im März 1935 festgenommen. Auch die Bezirksleitung Hessen-Frankfurt wurde seit dem Frühjahr 1933 durch Verhaftungen in Serie schwer getroffen, bis sie seit 1936/37 als wohl endgültig zerrieben anzusehen ist. Fortan wurde nur noch sehr selten und unregelmäßig eine Verbindung zwischen der Auslandszentrale und dem Rhein-Main-Gebiet durch Instruktoren realisiert, wobei diese zunehmend Schwierigkeiten hatten, dort mit ihren immer vorsichtiger operierenden Genossen in Kontakt zu treten.

Auf Unterbezirks- bzw. lokaler Ebene waren die kommunistischen Strukturen in der Hauptsache untergliedert in Betriebsgruppen sowie Orts- und Stadtteilgruppen, wo es sich anbot und machbar war, auch zusätzlich in Wohngebietsgruppen. Aus Gründen der konspirativen Absicherung sollten jene beiden Komplexe wechselseitig voneinander abgeschottet bleiben. Dies bedeutete: Wer in einer Betriebsgruppe tätig war, durfte sich nicht gleichzeitig in seinem Wohngebiet betätigen und umgekehrt, eine wichtige Sicherheitsvorkehrung zwar, die aber oft keineswegs konsequent genug beachtet wurde und außerdem ebenso wenig wie die Umstellung der Organisation auf Fünfer- und später Dreiergruppen ausreichte, um die fortwährenden Einbrüche der faschistischen Fahnder in die Widerstandsstrukturen zu verhindern. Diese wurden nicht selten durch Denunziationen aus der Bevölkerung verursacht, auch durch eingeschleuste Spitzel sowie durch Geständnisse von Gesinnungsgenossen, die – wofür ihnen gewiss kein Vorwurf zu machen ist – den brutalen Verhörmethoden nicht standgehalten hatten.

Durch die Herstellung und Verbreitung einer wahren Flut antinazistischen Propagandamaterials wurde der illegale Apparat nahezu vollständig in Anspruch genommen. Hierdurch eröffneten sich den NS-Verfolgern aber gleichzeitig optimale Observationsmöglichkeiten und Zugriffschancen. Ein weiterer neuralgischer Punkt waren die Kassierer, die – waren sie erst einmal erkannt – nur lange genug beobachtet werden mussten, um einen konspirativen Strukturbereich zur Gänze aufzurollen. Neben der „Roten Fahne“, dem im faschistischen Deutschland, aber auch im Ausland produzierten Zentralorgan der KPD, der „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“, der Monatszeitung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur Instruktion vor allem der Funktionäre der Partei und ihrer Nebenorganisationen, und der gleichfalls im Ausland hergestellten illegalen Ausgabe der „Arbeiter-Illustrierten Zeitung“, der bis 1933 populärsten illustrierten Wochenzeitung der internationalen Arbeiterbewegung überhaupt, wurden ebenso Periodika mit nur regionaler Reichweite vertrieben. Im Rhein-Main-Gebiet waren dies die „Arbeiter-Zeitung“ sowie „Der Bolschewik“, beides Organe der KPD-Bezirksleitung Hessen-Frankfurt, desglei-

chen die Zeitungen der kommunistischen Nebenorganisationen, darüber hinaus noch zahlreiche Tarnschriften und eine Vielzahl hektografiertes Flugschriften und Flugblätter für den lokalen und betrieblichen Bedarf, alles dies – jedenfalls bis etwa Mitte der 1930er Jahre – jeweils in erstaunlich hohen Stückzahlen.

Mitunter wurden auch reine Frauengruppen gebildet, wie etwa im Wiesbade-ner Westend.⁷² In Frankfurt war eigens eine Funktionärin für die Frauenarbeit abgestellt; bis Anfang 1935 erfüllte Käthe Lübeck diese Aufgabe.⁷³ Zudem wirkte dort eine Gruppe, die ausschließlich aus Kommunisten jüdischer Herkunft bestand.⁷⁴ Dies war eine reine Vorsichtsmaßnahme, bestimmt kein Ausdruck einer zusätzlichen Ausgrenzung dieses ohnehin doppelt – politisch wie rassistisch – verfolgten Personenkreises, lässt sich doch ansonsten gerade im antinazistischen Widerstand der Linkskräfte ein in der Regel überproportional hoher Anteil von jüdischen Mitstreitern feststellen: Antijüdische Ressentiments hatten schlichtweg keinen Platz in den konspirativen Strukturen.

Mindestens drei Fünfer- bzw. Dreiergruppen zusammen bildeten für gewöhnlich eine Zelle, mehrere Zellen wurden zu Stadtteil- oder Ortsgruppen bzw. zu Betriebsgruppen zusammengefasst. Jede einzelne von diesen verfügte über einen Politischen Leiter und einen Kassierer, denen auf den höheren Strukturebenen, d.h. ab den Zellen, ein Literaturobmann für den Schriftenvertrieb zur Seite stand. Im Fall der untersten Einheiten an der Basis, den Fünfer- bzw. Dreiergruppen also, wurden solche Funktionen häufig durch deren Leiter in Personalunion wahrgenommen. Drei Stadtteil- oder Ortsgruppen bzw. Betriebsgruppen wiederum bildeten einen Instruktionsbereich mit drei Instrukteuren für politische Leitung, Kassierung und Literaturvertrieb an der Spitze. Die Instruktionsbereiche unterstanden der Unterbezirksleitung unmittelbar. Ansonsten durften die Fünfer- bzw. Dreiergruppen nur über jeweils eine einzige Kontaktperson in Verbindung stehen mit einem anderen Strukturbereich auf der gleichen bzw. nächsthöheren Organisationsebene. Dies galt ebenso für die mittleren und oberen Ebenen, die allerdings auf diese Weise entsprechend auch mit den unteren Strukturbereichen Kontakt hielten. Die Verbindung der Unterbezirke mit der Bezirksleitung in Frankfurt wurde durch Kuriere realisiert, die von dort entsandt wurden.

In der Praxis wurde gegen die konspirativen Regeln jedoch immer wieder und zum Teil eklatant verstoßen. Vielfach kam es zu Überschneidungen bestimmter Aufgabenbereiche, viele Kommunisten aus unterschiedlichen Strukturbereichen bzw. Organisationen kannten sich untereinander und wussten wechselseitig um ihre konspirative Tätigkeit, wodurch die Verwendung von Tarnnamen ad absurdum geführt wurde. Auch leiteten Unterbezirke verschiedentlich Propagandamaterial direkt an ihre Nachbargliederungen weiter; so wurde von Wiesbaden aus wiederholt Mainz mit größeren Mengen antinazistischen Schriftguts beliefert.⁷⁵

72 BEMBENEK/ULRICH (wie Anm. 14), S. 83.

73 Urteil des „Volkgerichtshofs“ gegen Max Dahlhaus und Udo Grünh vom 8. Juli 1937, Bl. 23 u. Bl. 30 [Kopie], StadtA WI Best. NL 75 Nr. 345.

74 VALENTIN SENGER: Kurzer Frühling. Zürich 1984, S. 7.

75 So z.B.: Urteil des Oberlandesgerichts Kassel gegen Friedrich Hell und 38 weitere Angeklagte vom 23. Januar 1935, Bl. 17f. [Kopie], in: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand des KPD-Unterbezirks Wiesbaden, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 978.

Der bis etwa 1935/36 extrem hierarchische Organisationsaufbau, mehr noch aber die Unsitte der KPD-Führung, von ihren illegalen Spitzenkadern über die Untergrundarbeit in den von ihnen bearbeiteten Bezirken umfassende Berichte anfertigen zu lassen bzw. gar die von ihnen eigens unterhaltenen konspirativen „Archive“ trugen in erheblichem Maße dazu bei, dass die NS-Fahnder über die Vorgehensweise der kommunistischen Kader, deren lokale und regionale Verankerung sowie sämtliche dort auftretende Probleme in der Regel sogar besser unterrichtet waren als die meisten Parteimitglieder, selbst wenn diese im gleichen Strukturbereich in die Widerstandsaktivitäten eingebunden waren: Oft genug nämlich fielen der Gestapo solche brisanten Materialien im Zuge der Festnahme konspirativer Spitzenfunktionäre – die abgesehen davon aus gutem Grund spätestens alle drei Monate hätten ausgetauscht werden müssen – in die Hände.

Besonders in Großbetrieben wirkte zunächst noch neben der kommunistischen Betriebsgruppe oftmals auch eine solche der **Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO)**.⁷⁶ Deren Leiter war aber in der Regel dem Leiter der Parteigruppe weisungsgebunden. Nicht selten wurden von größeren Strukturbereichen spezielle illegale Betriebszeitungen herausgebracht, so etwa „Der Rotfabriker“ im Werk Höchst der IG-Farbenindustrie sowie „Die Spinne“ in den Kelsterbacher Glanzstoff-Fabriken. Darüber hinaus produzierte der partiell nach Branchen untergliederte RGO-Bezirk Hessen-Frankfurt⁷⁷ eine Unmenge antinazistischer Flugblätter sowie die beiden in monatlichem Turnus und in Auflagen von bis zu 1.000 Exemplaren erschienenen Periodika „Der rote Gewerkschaftler“ und „Der Angestellte“. Später wurde dazu noch der „Funktionär. Informationsdienst für die Bezirke Frankfurt, Mannheim und Stuttgart der RGO“ gezielt in Umlauf gebracht. Mit diesen Materialien wurden Gruppen bzw. Betriebe in Frankfurt, Offenbach, Hanau, Frankfurt-Griesheim, Frankfurt-Höchst, Kelsterbach, Langen, Egelsbach, Rüsselsheim, Darmstadt, an der Bergstraße, in Wiesbaden, in Ingelheim, dort u.a. der Chemiebetrieb Boehringer, in Geisenheim und andernorts beliefert.

Etliche kommunistische Gewerkschafter, von denen nicht wenige nach wie vor arbeitslos waren, betätigten sich zugleich im Rahmen weiterer Nebenorganisationen der KPD bzw. in deren konspirativem Parteiapparat unmittelbar. Nach einer ganzen Reihe von Verhaftungsschlägen, welche die Strukturen im Rhein-Main-Gebiet seit 1933 zunehmend ausgedünnt hatten, traf es im Frühjahr 1935

76 Zum RGO- bzw. kommunistischen Widerstand in den Betrieben generell siehe z.B.: DUHNKE (wie Anm. 65), S. 126-134 u. S. 209-214; BAHNE (wie Anm. 65), S. 53-57; BUSCHAK (wie Anm. 52), S. 212-238; MIELKE/FRESE (wie Anm. 52), Einleitung S. 37-45 sowie Dokumente S. 563-651.

77 Siehe hierzu vor allem die autobiografischen Berichte: EMIL CARLEBACH: Widerstand einer Frankfurter Gewerkschaftsgruppe. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 41-47; RUDI GOTTSCHALK: Die Gruppe „Asphalt“ im antifaschistischen Widerstand, auszugsweise abgedruckt in: ULRICH (wie Anm. 29), S. 71-75; E. CARLEBACH: Am Anfang stand ein Doppelmord. Kommunist in Deutschland. Bd. I: Bis 1937. Köln 1988, S. 84-162; WILLIAM C. EMKER: Zwischen den Welten. Autobiografie des Antifaschisten Willy Eucker [vom Antifaschisten Willy Eucker zum Emigranten William C. Emker]. Hrsg.: HELMUT UHLSHÖFER. Frankfurt a.M. 1993, S. 16-36; außerdem u.a.: Materialsammlung A. Ulrich zum RGO-Widerstand im Bezirk Hessen-Frankfurt, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 979.

die bis dahin nicht enttarnten Restkader der RGO-Führungsgruppe und etliche weitere Aktivisten vor allem in Frankfurt und Umgebung. Das Vorhaben der Kommunisten, sich durch die RGO in den Betrieben eine stärkere Verankerung zu verschaffen, um die Belegschaften zum Massenkampf bis hin zum Generalstreik gegen die faschistische Diktatur zu mobilisieren, war auch in den anderen Industrieregionen Deutschlands fehlgeschlagen. Die Parteiführung tat sich insofern 1935 nicht schwer, die RGO insgesamt für aufgelöst zu erklären. Dennoch blieben auch in den Folgejahren und zumeist bis zum Kriegsende in nahezu allen größeren Betrieben des Rhein-Main-Gebietes kommunistische Widerstandskräfte aktiv.⁷⁸

Auch die **Rote Hilfe Deutschlands (RHD)**⁷⁹, mit mehr als einer halben Million Mitgliedern Ende 1932 eine der größten Massenorganisationen kommunistischer Ausrichtung generell und partiell Pendant zur sozialdemokratischen Arbeiterwohlfahrt, konnte ihre Organisationsstrukturen im Bezirk Hessen-Frankfurt bereits 1933 neu formieren, um dort sodann eine recht umfangreiche konspirative Solidaritäts- und Propagandaarbeit zu entfalten; die vordem in respektablem Umfang geleistete Rechtsschutzarbeit konnte dagegen unter den Bedingungen der Diktatur nicht mehr fortgeführt werden.⁸⁰ Bis zum Frühjahr 1934 war die Organisation hier auf zwölf Unterbezirke angewachsen: Frankfurt, Frankfurt-Höchst, Offenbach, Hanau, Aschaffenburg, Langen mit Dieburg, Darmstadt, Friedberg, Gießen mit Wetzlar und Herborn, Wiesbaden, Mainz und Worms mit Groß-Gerau. Dann jedoch rissen die Verbindungen nach Offenbach, Wiesbaden, Mainz und Worms wieder ab. Während die Verbindung nach Wiesbaden wiederhergestellt werden konnte, brach im Sommer 1934 der Kontakt mit Aschaffenburg zusammen. In den verbliebenen acht Unterbezirken war ein Führungskern von 31 Kadern für 54 Ortsgruppen zuständig, in denen 210 Funktionäre operierten. Der Mitgliederbestand im Bezirk insgesamt betrug an die 1.000 Personen, deren Beiträge allwöchentlich – ohne Ausgabe von Marken – kassiert wurden. Ferner bestanden in etwa zwölf Betrieben, die von wiederum zwölf bis 15 Funktionären bearbeitet wurden, Spenderkreise aus Sympathisanten der Roten Hilfe; diese konnten nach entsprechender Beeinflussung sukzessive zu neuen Widerstands-

78 Siehe z.B.: AXEL ULRICH: Betrieblicher Widerstand am Beispiel der Opel-Werke in Rüsselsheim. In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 248-268; dazu ergänzend die erw. u. um 15 Dokumente vermehrte Version: A. ULRICH: Betrieblicher Widerstand gegen die NS-Gewaltherrschaft am Beispiel der Opel-Werke in Rüsselsheim. In: BERND HEYL/ANDREA NEUGEBAUER (Hrsg.): „... ohne Rücksicht auf die Verhältnisse“. Opel zwischen Weltwirtschaftskrise und Wiederaufbau. Mit Beiträgen von B. HEYL, ANITA KUGLER, A. NEUGEBAUER u. A. ULRICH. Frankfurt a.M. 1997, S. 93-156.

79 Siehe z.B.: H. LEUTEMANN: Vorwärts und nicht vergessen. 70/20 Jahre Rote Hilfe. Kiel 1996; HEINZ-JÜRGEN SCHNEIDER, ERIKA SCHWARZ, JOSEF SCHWARZ: Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien. Bonn 2002; NIKOLAUS BRAUNS: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919-1938). Bonn 2003.

80 MAUSBACH-BROMBERGER (wie Anm. 28), S. 60-64 u. S. 98-101; siehe vor allem auch die Autobiografie: LORE WOLF: Ein Leben ist viel zuwenig. Berlin 1973; ebenso: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand von Roter Hilfe sowie Internationaler Arbeiterhilfe im Bezirk Hessen-Frankfurt, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 980.

gruppen zusammengefasst werden. Neben der „Roten Fahne“ und dem RHD-Zentralorgan „Das Tribunal“ wurden auch zwei vom Bezirk selbst produzierte Zeitungen verbreitet: alle zwei Wochen das „Proletarische Volks-Gericht“ in einer Auflage von durchschnittlich 1.000 Stück sowie das Funktionärsorgan „Der Widerstand“ in einer monatlichen Auflage von 300 bis 400 Exemplaren. Zusätzlich wurden Flugblätter hergestellt und verteilt, teilweise in Auflagen von bis zu 6.000 Stück.

Im Sommer 1934 erfolgte die Warnung durch die Zentrale, ein konspirativer Spitzenfunktionär im RHD-Bezirk Hessen-Frankfurt arbeite für die Gestapo. Während einige Funktionäre des regionalen Führungsgremiums ins Ausland flüchten konnten, wurden andere festgenommen. Im konspirativen Quartier des dann zu einer fünfzehnjährigen Zuchthausstrafe verurteilten Bezirksleiters Fritz Köhne wurde ein detaillierter Organisationsplan des RHD-Bezirks Hessen-Frankfurt gefunden sowie anderes brisantes Material in Hülle und Fülle. Trotzdem setzten die Kommunisten ihre wichtige Solidaritäts- und Unterstützungsarbeit unbeirrt fort, allerdings nun ohne den gleichzeitigen Vertrieb von Propagandamaterial; sie orientierten sich künftig verstärkt an dem antinazistischen Vertrauensleutesystem, wie es etwa im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Widerstand längst praktiziert wurde.

Unabhängig von der Roten Hilfe operierte seit 1933 ferner die Untergrundorganisation der erheblich kleineren **Internationalen Arbeiterhilfe (IAH)**⁸¹, die außer in Frankfurt u.a. auch in Offenbach, Gießen, Kelsterbach, Hofheim am Taunus, Darmstadt, Mainz und Mainz-Bischofsheim verankert war. Zusätzlich zur Sammlung von Geldern, Lebensmitteln und Kleidung für bedürftige bzw. verfolgte Gesinnungsfreunde oder deren Familienangehörige verbreitete auch die IAH erst noch die diversen kommunistischen Zeitungen, Flugblätter und Broschüren, ferner ein selbst produziertes Periodikum für die Region sowie die „Solidarität“, das Zentralorgan der deutschen Sektion der IAH, dessen Erscheinen freilich schon 1935 eingestellt wurde; das „Tribunal“ der RHD sollte diesem Beispiel im Jahr darauf folgen. Zwar wurde auch der konspirative IAH-Bezirk Hessen-Frankfurt mehrfach durch Verhaftungsschläge schwer getroffen, doch gingen die leitenden Funktionäre Albert Düring und Emil Schmidt sowie einige weitere Frankfurter Aktivisten den NS-Fahndern erst Anfang 1940 ins Netz.

Der **Kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD)**⁸², dem die Aufgabe oblag, jüngere Menschen an die Zielsetzungen der KPD heranzuführen und sie organisatorisch zu erfassen, wurde durch diese auch während der Illegalität straff geführt. Die Kader der Jugendorganisation hatten – genauso wie jene der Partei und der übrigen kommunistischen Organisationen – unter dem Fahndungsdruck der faschistischen Strafverfolgungsorgane massiv zu leiden. Dennoch gelang es 1933/34, die Organisation konspirativ weitgehend zu rekonstruieren.

81 Siehe hierzu den autobiografischen Bericht: EMIL SCHMIDT: Internationale Arbeiterhilfe in Frankfurt. In: ULRICH (wie Anm. 29), S. 196–200; ebenso: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand von Roter Hilfe sowie Internationaler Arbeiterhilfe im Bezirk Hessen-Frankfurt (wie Anm. 80).

82 KARL HEINZ JAHNKE: Jungkommunisten im Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus. Dortmund 1977; DUHNKE (wie Anm. 65), S. 134 ff. u. 222 ff.

ren. Mitte 1934 bestand der Bezirk Hessen-Frankfurt des KJVD aus den Unterbezirken Frankfurt, Offenbach, Friedberg, Frankfurt-Höchst, Groß-Gerau, Darmstadt, Wiesbaden und Mainz.⁸³ Der Unterbezirksleitung in Mainz beispielsweise gehörten damals Luise Ott⁸⁴ als Politische Leiterin an, ferner ein Organisationsleiter, Dina Geins als Quartiervermittlerin und ein weiterer Funktionär, zuständig für die drei in den Rüsselsheimer Opel-Werken aktiven Widerstandsgruppen des KJVD. Die gesamte Jugendzelle bei Opel zählte mindestens 20 Mitglieder. Ansonsten umfasste der Unterbezirk Mainz Stadtteilgruppen in Mainz-Altstadt, Mainz-Mitte (Neustadt), Mainz-Mombach und im rechtsrheinischen Mainz-Kostheim, ebenso Betriebsgruppen in der Schuhcremefabrik Erdal mit einer Zellenleiterin an der Spitze. Auch die Mainspitze und Flörsheim wurden von Mainz aus bearbeitet. Die Reorganisation des KJVD in Rüsselsheim wurde nachhaltig unterstützt durch Jakob Gremm, ebenfalls aus Mainz. Luise Ott war für den Kontakt mit dem Jugendbezirksleiter in Frankfurt zuständig. Die Verbindung zur Mainzer KPD wurde über Johann Geins, den Vater von Dina Geins, realisiert. Wie im ganzen Bezirk kamen dort die üblichen kommunistischen Zeitungen, Flugblätter und Broschüren zur Verteilung, vor allem die „Junge Garde“, das Zentralorgan des KJVD, ebenso ein einziges Mal der zusammen mit der Frankfurter ZdA-Widerstandsgruppe produzierte „Junge Kämpfer“. Ferner bestand in Mainz eine Verbindung mit einer SPD-Gruppe in Mombach; bei einem konspirativen Spitzengespräch verlangten deren Vertreter zwar nach einem direkten Kontakt zum KPD-Unterbezirk und erklärten sich sogar zu einer ideologischen Zusammenarbeit auf der Basis getrennten Marschierens und vereinten Schlagens bereit, wiesen aber ansonsten einen organisatorischen Zusammenschluss zurück.⁸⁵

Nachdem Ende 1934 die beiden KPD-Unterbezirke Wiesbaden und Mainz fast vollständig aufgefliegen waren, wobei es auch etliche Jungkommunisten getroffen hatte, wurden die Widerstandsstrukturen des KJVD im Rhein-Main-Gebiet im folgenden Jahr von einer Festnahmewelle erfasst, durch die sie nahezu restlos zerschlagen wurden. Luise Ott hatte gerade noch rechtzeitig eine Warnung erhalten und war deshalb von einer Geheimmission ins Saargebiet Ende 1934 nicht mehr nach Mainz zurückgekehrt. Viele derjenigen Jungkommunisten, die gleichwohl unentdeckt geblieben und weiterhin kampfgewillt waren, wurden nun in den konspirativen Parteiapparat integriert. Auch später noch gerieten

83 Siehe hierzu besonders: Urteil gegen Max Dahlhaus und Udo Grünh (wie Anm. 73); Urteil des „Volksgerichtshofs“ gegen Walter Kaßner und Alfred List vom 15. Mai 1937 [Kopie], StadtA Wi Best. NL 75 Nr. 982; ebenso: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand des KJVD im Bezirk Hessen-Frankfurt, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 981.

84 ARNOLD BUSCH: Widerstand gegen den Faschismus in der Mainspitze. In: Christine HARTWIG-THÜRMER: Ginsheim – Gustavsburg – Bischofsheim 1933–1945. Die Mainspitze unterm Hakenkreuz, hrsg. v. Gemeindevorstand Bischofsheim u. Gemeindevorstand Ginsheim-Gustavsburg. Frankfurt/M. (1989), S. 71–98, hier: S. 83ff.; BARBARA STEPHAN: Verfolgung nach der Verfolgung. Die Entschädigungssache Luise Ott. Fakten aus dem Leben einer Illegalen, in: informationen. Studienkreis Deutscher Widerstand, 25. Jg., Nr. 52, November 2000, S. 27–31.

85 Urteil gegen Max Dahlhaus und Udo Grünh (wie Anm. 73), Bl. 35; Urteil gegen Walter Kaßner und Alfred List (wie Anm. 83), Bl. 14 ff.

KJVD-Mitglieder in das immer enger geknüpft Netz der NS-Fahnder, so beispielsweise fünf Jungkommunisten in Mainz im Herbst 1937, dies allerdings noch im Zusammenhang mit deren bis zum Jahr 1935 entfaltenen Aktivitäten.

Trotz ihrer erlittenen schweren Verluste versuchten die Kommunisten auch in den kommenden Jahren immer wieder, ihre verbliebenen örtlichen sowie betrieblichen Widerstandsstrukturen intakt zu halten oder diese gegebenenfalls zu rekonstruieren bzw. solche neu zu schaffen. Aber nur noch in seltenen Fällen gelang ihnen dies mit regionaler oder gar überregionaler Reichweite. Allein in Frankfurt wurden zwischen 1936/37 und 1939 mindestens 22 Strafverfahren gegen Kommunisten – mit einer noch weitaus größeren Anzahl von Angeklagten bzw. Verurteilten – durchgeführt, die in verschiedenen Stadtteilen den Aufbau von Parteiorganisationen erneut in Angriff genommen hatten. Während des Krieges wurden dort wenigstens 90 KPD-Anhänger wegen antinazistischer Widerstandshandlungen verhaftet, unter Anklage gestellt und verurteilt.⁸⁶ Dabei zeigte sich, dass die Kommunisten nun zunehmend nur noch kleine, untereinander meist nicht mehr oder lediglich vorsichtig vernetzte antinazistische Zirkel bildeten.

Dies galt auch für die kleine oppositionelle Hörergemeinschaft, die sich in den Jahren 1940 und 1941 in Wiesbaden und Koblenz um die beiden befreundeten Ehepaare Anneliese und Andreas Hoevel sowie Margarethe und Adolf Noetzel gebildet hatte. Während sich der Letztgenannte, ein Wiesbadener Kunstmaler und Reklamefachmann, am 6. Dezember 1941 nach fürchterlichen Verhören in seiner Zelle im Wiesbadener Polizeigefängnis erhängt hatte, wurden die Hoevels, beide ehemals konspirative Spitzenkader des KPD-Bezirks Hessen-Frankfurt, die deshalb bereits entsprechende Haftstrafen verbüßt und außerdem etliche Zeit im KZ verbracht hatten, zum Tode verurteilt und am 28. August 1942 in der Strafanstalt Frankfurt-Preungesheim hingerichtet. Ihre Gesinnungsgenossen Margarethe Noetzel sowie Jakob Newinger – dieser war früher kurzzeitig Mitglied der kommunistischen Gemeindefraktion in Metternich und gleichfalls bereits längere Zeit u.a. im Zuchthaus inhaftiert gewesen – wurden zu sechs bzw. zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.⁸⁷

Auch etliche weitere Aktivisten sowie Sympathisanten der KPD wurden wegen ihres antinazistischen Widerstandes hingerichtet, so z.B. am 22. Dezember 1942 der Opel-Arbeiter Walter Rietig aus Langen, der denunziert worden war, an seinem Arbeitsplatz u.a. prosovjetsche Äußerungen getätigt und die Judenverfolgung kritisiert zu haben⁸⁸, oder am 27. Oktober 1944 der ehemalige KPD-Unterbezirksvorsitzende und Stadtrat Georg Fröba, der seit 1936 zusammen mit einigen Mitstreitern in Darmstadt und Umgebung eine zwar lange Zeit überaus unauffällig operierende, gegen Spitzeinschleusung und Denunziation gleichwohl nicht gefeierte Widerstandsorganisation aus mehreren weitgehend autonom

86 MAUSBACH-BROMBERGER (wie Anm. 28), S. 123 ff. u. S. 165 ff.

87 BEMBENEK/ULRICH (wie Anm. 14), S. 93–98; siehe dazu auch: Materialsammlung A. Ulrich zum Widerstand der Gruppe Hoevel/Noetzel in Wiesbaden und Koblenz, StadtA WI Best. NL 75 Nr. 984.

88 BERND HEYL: „Vergeßt mich nicht ...“. Zur Erinnerung an Walter Rietig. In: HEYL/NEUGEBAUER (wie Anm. 78), S. 157-166.

arbeitenden Stadtteil- und Betriebsgruppen aufgezogen hatte, die u.a. Gelder und Lebensmittel für politisch Verfolgte bzw. für deren Familienangehörige, dann auch für Zwangsarbeitskräfte und Kriegsgefangene beschafft hatten.⁸⁹

Überall dort, wo kommunistische Agitationsarbeit öffentlich spürbar wurde, griff die Gestapo sofort und unerbittlich zu. Der ungeheure Fahndungsdruck, der auf ihnen lastete, ebenso die Einberufungen zur Wehrmacht, durch die viele Gruppen auseinander gerissen und andere wichtige Verbindungen ebenfalls zerstört wurden, hatten zur Folge, dass auch der Widerstand der Kommunisten mit der Zeit immer schwächer wurde, wenngleich er niemals vollständig erlahmte.⁹⁰ Kaum hatten die US-Truppen das Rhein-Main-Gebiet dann von der NS-Terrorherrschaft befreit, schossen im Frühjahr 1945 überall antifaschistische Selbsthilfe- und Wiederaufbaukomitees, kurz Antifas⁹¹ genannt, auf betrieblicher oder Stadtteil-, Vorort- bzw. gesamtstädtischer Ebene wie Pilze aus dem Boden, die deutlich von den nicht enttarnten Resten der kommunistischen Widerstandsstrukturen geprägt wurden. Hinweise auf das Wirken solcher Antifas aus der Zeit unmittelbar nach dem Ende der NS-Diktatur liegen vor u.a. aus Frankfurt⁹², Wiesbaden⁹³ und Mainz⁹⁴.

89 HEINRICH PINGEL-ROLLMANN: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933–1945. Darmstadt, Marburg 1985 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte, Bd. 54), S. 167-178.

90 Beispielsweise operierte in einigen Städten des Rhein-Main-Gebietes, darunter in Mühlheim und Darmstadt, bis zum Kriegsende unter maßgeblicher Beteiligung von Kommunisten ein so genanntes Komitee zur schnellen Beendigung des Krieges, das u.a. auch mit entflohenen und dann untergetauchten sowjetischen sowie französischen Zwangsarbeitskräften und Kriegsgefangenen zusammenarbeitete und schließlich über eine konspirative regionale Zentrale in Wiesbaden verfügte, so jedenfalls der autobiografische Bericht des Mühlheimer Antifaschisten Willi Busch. In: ADOLF MIRKES/KARL SCHILD/HANS C. SCHNEIDER: Mühlheim unter den Nazis 1933-1945. Ein Lesebuch. Frankfurt a.M. 1983, S. 76-87.

91 Zu den so genannten Antifa-Ausschüssen der ersten Zeit nach der Befreiung immer noch am umfassendsten: LUTZ NIETHAMMER/ULRICH BORSDORF/PETER BRANDT (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Wuppertal 1976.

92 HAJO DRÖLL/ALFRED WEINRICH: Stadtteilantifas in Frankfurt. In: NIETHAMMER/BORSDORF/BRANDT (wie Anm. 91), S. 415-450; siehe hierzu auch die beiden US-Geheimdienstberichte „Die Antifaschistische Organisation in Frankfurt-Riederwald (22.4.1945)“ und „Antifaschistische Organisationen und Tendenzen im Frankfurter Raum (18.6.1945)“ in: ULRICH BORSDORF/LUTZ NIETHAMMER (Hrsg.): Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945. Neuausg. Weinheim 1995, S. 83-89 u. S. 90-97.

93 NIETHAMMER/BORSDORF/BRANDT (wie Anm. 91), S. 720f. (Karte zur Verbreitung der Antifaschistischen Ausschüsse); siehe dazu z.B.: Faksimile des „Aufrufs an die Bevölkerung von Wiesbaden“ eines dortigen Kampfbundes gegen den Faschismus, in: AXEL ULRICH: Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden: von den antifaschistischen Bürgerausschüssen und den Anfängen der politischen Reorganisation. In: KONRAD SCHACHT (Hrsg.): Hessen 1945. Demokratischer Neubeginn zwischen Utopie und Pragmatismus. Ergebnisse der Fachtagung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung am 4. und 5. Mai 1995 in Wiesbaden. Wiesbaden (Selbstverlag) o.J. (1996), S. 29-70, hier: S. 49.

94 So zumindest Hinweise bei: NIETHAMMER/BORSDORF/BRANDT (wie Anm. 91), S. 194 u. 556, dazu dort auch: S. 720 f. (Karte zur Verbreitung der Antifaschistischen Ausschüsse).

Bürgerlicher Widerstand

Bis vor wenigen Jahren wurde in der Widerstandsforschung zumeist die Ansicht vertreten, der bürgerliche Anteil am antinazistischen Widerstand habe sich im Kern auf einen insgesamt nur recht kleinen Personenkreis beschränkt, der jeweils im Rahmen kirchlicher oder akademischer Oppositionsaktivitäten, im Zusammenhang mit den überparteilichen Diskussionsrunden des „Kreisauer Kreises“, vor allem aber letztendlich mit der Verschwörung des „20. Juli“ hervortrat. Unstrittig ist, dass sich fast das gesamte bürgerliche Lager in der Zwischenkriegsperiode eher autoritären, nationalistischen, reaktionären und offen revanchistischen Positionen zugeneigt gezeigt hatte: So hatte die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) als monarchistische bzw. „völkische“ Sammlungsbewegung, die – wie die NSDAP – den Judenhass zum Programm erhoben hatte, ohnehin von Anfang an und mit aller Schärfe die Demokratie bekämpft, um in der Konsequenz zur Steigbügelhalterin Hitlers zu werden. Die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) hatte ihre ideologische Nähe zur DNVP immer weniger zu verleugnen gewusst und dann sogar ein Bündnis mit der NSDAP nicht mehr ausgeschlossen. Die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), die sich 1930 mit der von judenfeindlichen und „völkischen“ Positionen nicht freien Volksnationalen Reichsvereinigung und dem ebenfalls antirepublikanischen sowie antijüdischen Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei (DStP) verschmolzen hatte, war zuletzt zu einer Splitterpartei herabgesunken, die in den Reichstagswahlen noch nicht einmal mehr ein Prozent der Wähler zu erreichen vermochte. Und das Zentrum schließlich war zwar neben der Sozialdemokratie und dem Linksliberalismus eine der tragenden Säulen der Weimarer Republik geblieben, hatte sich jedoch etwa seit 1928 gleichfalls immer weiter nach rechts bewegt, wobei sich Reichskanzler Heinrich Brüning wie auch der Parteivorsitzende Ludwig Kaas beispielsweise im Herbst 1931 sogar für Koalitionen mit der NSDAP in Preußen wie im Volksstaat Hessen ausgesprochen hatten.⁹⁵

Im Anschluss an die Machtübertragung an Hitler waren sämtliche bürgerlichen Parteien vom nationalistischen Begeisterungstaumel erfasst worden⁹⁶ und hatten daher am 23. März 1933 im Reichstag für Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ votiert, durch das die Etablierung der faschistischen Diktatur faktisch besiegelt wurde. Unter dem Eindruck des anschließend auch gegen sie gerichteten NS-Terrors hatten sich die bürgerlichen Parteien bald darauf quasi von selbst aufgelöst. Ihre völlige Fehleinschätzung der politischen Lage, ein ausgeprägter Oppor-

95 ROBERT HOFMANN: Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart. München, Zürich 1993 (Sonderdruck für die Landeszentralen für politische Bildung und die Bundeszentrale für politische Bildung), S. 118-130 u. S. 156-175.

96 Resistent geblieben waren beispielsweise die kleinen pazifistischen Gruppierungen, partiell auch der Frankfurter Kreis um die „Rhein-Mainische Volkszeitung“, das Publikationsorgan des republikanischen Linkskatholizismus, das während der Weimarer Zeit für die vollständige Integration der Arbeiterschaft in die junge deutsche Demokratie und darüber hinaus für die Errichtung einer stabilen europäischen Ordnung mit friedlichen Mitteln eingetreten war; folglich war die Zeitung pazifistischen wie antikapitalistischen Grundpositionen gleichermaßen verpflichtet gewesen, bis auch sie schließlich auf NS-Kurs gezwungen wurde; siehe hierzu: BRUNO LOWITSCH: Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung. Wiesbaden u. Frankfurt a.M. 1980.

tunismus sowie vielfach die offene Bereitschaft zur Kollaboration mit den Nazis hatten diesen Prozess der Selbstzerstörung unverkennbar begünstigt. Aufgrund des eigenen Selbstverständnisses, ihrer Obrigkeitshörigkeit und auch wegen des Fehlens sämtlicher diesbezüglichen Erfahrungen sowie organisatorischen Voraussetzungen war für die bürgerlichen Parteien – ganz im Gegensatz zu den Organisationen der Arbeiterbewegung – eine gegen das NS-Regime gerichtete, illegale Weiterarbeit undenkbar. Denjenigen ihrer vormaligen Mitglieder, die dem Hitler-Faschismus nach wie vor mit Ablehnung begegneten, blieb somit zunächst allein der Weg in die „innere Emigration“ oder ins Exil.

Doch schon bald wurden auch in Teilen des Bürgertums hie und da Anstrengungen unternommen, um durch Bildung oppositioneller Freundeskreise vor allem im lokalen Bezugsrahmen, seltener auch durch die überregionale Vernetzung solcher Gruppen nicht nur einen antinazistischen Zusammenhalt zu bewahren, sondern sich gleichzeitig auf die Zeit nach dem Ende der Diktatur vorzubereiten. In nicht wenigen Fällen gelangten solche bürgerlich geprägten Antinazigruppen später zumindest informell in Berührung mit dem im gesamten Deutschen Reich weit verzweigten zivilen Untergrund jener Verschwörung, die dann im Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 gipfelte. Alles in allem war der bürgerliche Anteil am antinazistischen deutschen Widerstand auch bis zuletzt quantitativ ganz erheblich geringer als jener, der für die Organisationen der Arbeiterbewegung zu konstatieren ist. Auf welche Weise sich der politische Widerstand aus dem Bürgertum artikuliert, sei an zwei Beispielen aus dem Rhein-Main-Gebiet⁹⁷ verdeutlicht:

Seit 1934 war ausgehend von ihren Zentren in Hamburg um den Textilkaufmann Hans Robinsohn, in Berlin um den Richter Ernst Strassmann sowie den damals aus politischen Gründen stellungslosen Journalisten Oskar Stark und – etwas später – in Bamberg um den Juristen Thomas Dehler eine beachtlich weit verzweigte Organisation entstanden mit Stützpunkten bzw. Einzelkontakten in Potsdam, Wilhelmshaven, Kiel, Rostock, Wismar, Breslau, Naumburg, Halle, München, Aschaffenburg, in Wien und in vielen anderen Städten. Über den lang-

97 Weitere Beispiele für bürgerlichen Widerstand in der untersuchten Region sind etwa: die Aktivitäten der kleinen Glaubensgemeinschaft der Quäker in Frankfurt sowie in Falkenstein im Taunus, deren karitative Hilfstätigkeit für vom NS-Regime Verfolgte eine unverkennbar antinazistische Ausrichtung besaß, siehe hierzu z.B.: AXEL ULRICH: Quäker-Hilfe gegen Hitler. In: AVS-Informationsdienst. Informationen der SPD. Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten – AvS, 20. Jg., Nr. 4, September 1999, S. 9-12; ebenso: die Verbindungen der von der Münchener Universität ausgehenden Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ nach Frankfurt, wohin Anfang 1943 von Wien aus 400 Stück ihres „Aufrufs an alle Deutsche!“ versandt wurden, so u.a.: GERDA STUHLIK: Goethe im Braunhemd. Universität Frankfurt 1933-1945. Frankfurt a.M. 1984, S. 141; weiterhin: der Wiesbadener Freundeskreis um Walter Jentzsch, siehe dazu: VALERIE VON ROSEN: „Propagandist im Dienste der Feinde des deutschen Volks“. Walter Jentzsch machte keinen Hehl aus seiner Abneigung gegen die Nazis. Todesstrafe wegen „Wehrkraftzersetzung“. In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 25. November 1991. – Außerdem blieb in manchen Teilbereichen des bürgerlichen Milieus, etwa in der bündischen Jugend oder in den Kirchen – und zwar im Katholizismus wie in der Bekennenden Kirche –, trotz aller sonstigen Anpassungsbereitschaft eine regimekritische Haltung deutlich spürbar, was sich in der Überwachungs- und Festnahmepraxis der Gestapo entsprechend niederschlug.

jährigen Mitarbeiter des SPD-Parteivorstandes Fritz Neubecker, nun mit vielfältigen, auch überregionalen Kontakten zum sozialdemokratischen Untergrund, lief die Verbindung von Berlin bald nach Frankfurt am Main, und zwar zu dessen Parteigenossen Georg Klühs, der 1935 nach dort verzogen war.

Oskar Stark hatte im Herbst des gleichen Jahres eine Neuanstellung bei der „Frankfurter Zeitung“⁹⁸ erreicht, in deren Folge er freilich seine konspirativen Kontakte abbrach; spätere Versuche, ihn für die Arbeit der Widerstandsgruppe zu reaktivieren, scheiterten, weil er die Existenz des trotz der NS-Repression noch vergleichsweise um objektive Berichterstattung bemühten Presseorgans nicht in Gefahr bringen wollte. Durch Stark war jedoch der bei der Frankfurter Societäts-Druckerei, dem Verlag der „Frankfurter Zeitung“, beschäftigte Redakteur Wilhelm Hollbach, einst Landesvorsitzender der Jugendorganisation der DDP in Württemberg und im Rheinland, in die Struktur einbezogen worden. Deren Auslandsverbindungen reichten u.a. nach Paris, London und Kopenhagen, wohin Robinsohn unmittelbar nach den Novemberpogromen 1938 flüchtete.⁹⁹ 1943 glückte es ihm, sich vor der bevorstehenden Deportation mit Hilfe der dänischen Widerstandsbewegung in Sicherheit zu bringen. Auch etliche weitere Mitstreiter der **Robinsohn-Strassmann-Gruppe**¹⁰⁰ mussten massiv unter der rassistischen Verfolgung leiden oder aber ihre Familienangehörigen bzw. Freunde und Bekannten. Hilfeleistung für diese NS-Verfolgten gehörte daher zu den primären, selbst gewählten Aufgaben des im Kern linksbürgerlichen Oppositionskreises, dem sich im Laufe der Zeit immer mehr frühere Mitglieder von DDP bzw. DStP angeschlossen hatten, dazu auch Nationalliberale, Konservative, Deutschnationale und von Anfang an Sozialdemokraten.

Ideologisch hatte sich die Gruppe zunächst auf eine recht umfangreiche Denkschrift Robinsohns aus dem Jahr 1933 gestützt, um sodann ein liberaldemokratisches Grundsatzprogramm in der Tradition des linken Flügels der DDP zu entwickeln: Dieses trat zwar für die Rückkehr zum Rechts- und Verfassungsstaat, gleichzeitig aber auch für eine Art „Erziehungsdiktatur“ ein, durch welche die Wiederherstellung der politischen Gleichberechtigung generell und damit speziell auch die der Deutschen jüdischer Herkunft vorbereitet werden sollte. Darüber hinaus wurde für internationale Abrüstung bei einseitigen deutschen Vorleistungen, Beendigung der Autarkiepolitik und eine sozialstaatliche Orientierung eines postfaschistischen Deutschlands ebenso votiert wie für dessen Einbindung in eine europäische Föderation.

98 Siehe hierzu das Standardwerk: GÜNTER GILLESSEN: Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich. Berlin 1986.

99 Dort verfasste Robinsohn 1939 die Denkschrift „Die deutsche Opposition. Tätigkeit und Ziele“, die vornehmlich an Adressaten außerhalb Deutschlands versandt wurde.

100 HORST R. SASSIN: Liberale im Widerstand. Die Robinsohn-Strassmann-Gruppe 1934-1942, hrsg. v. d. Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. Hamburg 1993 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 30); DERS.: Widerstand, Verfolgung und Emigration Liberaler 1933-1945. Bonn 1983 (Ausstellungskatalog). – Nach Robinsohns Flucht, d.h. ab Ende 1938, wird die Widerstandsstruktur nur noch als Strassmann-Gruppe bezeichnet. – In Speyer bestand eine Verankerung wenigstens während der Jahre 1937 bis 1938/39.

Ab 1938 wurde die Beteiligung der Gruppe an einer künftigen Übergangsregierung nach der Beseitigung des NS-Regimes angestrebt. Ende 1939 wurde dem britischen Geheimdienst der – dann allerdings mehrfach verschobene – Termin für den bevorstehenden deutschen Überfall auf Westeuropa übermittelt. Über unterschiedliche Kanäle war die Struktur mit zahlreichen NS-Gegnern aus nahezu allen politischen Lagern verbunden, vor allem auch mit solchen, die dann im Zusammenhang mit dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 eine wichtige Rolle spielen sollten, z.B. mit Carl Goerdeler, Generaloberst a.D. Ludwig Beck, Wilhelm Leuschner, Theodor Haubach, Julius Leber, Josef Wirmer, Eugen Gerstenmaier. Zumindest einige Führungsmitglieder der Gruppe waren sogar unmittelbar in die Staatsstreichpläne eingeweiht. Obwohl mit der Festnahme Strassmanns im Sommer 1942 diese einzige konspirativ operierende, liberaldemokratisch dominierte Widerstandsstruktur mit reichsweiter Ausdehnung einen harten Schlag versetzt bekommen hatte, führte dies nur vorübergehend zu einer vollständigen Lähmung ihrer – danach deutlich dezentralisierten – Aktivitäten.

Der Wiesbadener **Freundeskreis um Heinrich Roos**¹⁰¹ war zwar kein überregional vernetzter Zusammenschluss von Regimegegnern mit klarer politischer Programmatik, er stellte auch keine Propagandaschriften her und dergleichen, aber es handelte sich hierbei dennoch um eine verschworene Gesinnungsgemeinschaft, geeint durch die entschiedene Ablehnung des NS-Regimes und seiner menschenfeindlichen Politik. Viele der über 30 Mitglieder der Gruppe befanden sich in arrivierten Positionen. Die Bandbreite des dort versammelten politischen Spektrums reichte vom Zentrum über den Linksliberalismus bis hin zur Sozialdemokratie, wobei auch hier frühere Mitglieder bzw. Funktionsträger der DDP/DStP deutlich in der Mehrzahl gewesen sein dürften. Einige unterhielten sogar freundschaftliche Beziehungen zu führenden Funktionären der örtlichen KPD. Neben dem eigenen politischen „Überwintern“ gehörten die Beschaffung und Diskussion unterdrückter Nachrichten, das Sammeln von Geldern, Lebensmitteln und anderen Sachspenden zur Unterstützung Verfolgter, insbesondere die Hilfe für jüdische Menschen in Not zum Tätigkeitsfeld der Gruppe.

Zu deren engerem Kreis zählten u.a. die Sozialdemokraten August Heinzmann und Martin Nischalke, die offenbar als verdeckte Vertreter Heinrich Maschmeyers, des Wiesbadener Stützpunktleiters Wilhelm Leuschners, fungierten. Über den früheren Zentrums-Stadtverordneten und -Stadtrat Ferdinand Grün bestand Kontakt zur bereits erwähnten Widerstandsgruppe christlicher Gewerkschafter um Josef Arndgen. Erich Zimmermann, vordem Sekretär bzw. Bezirksgeschäftsführer des liberalen Gewerkschaftsbundes der Angestellten, verfügte über konspirative Verbindungen zum Widerstand um seinen Gewerkschaftskollegen Ernst Lemmer, um Jakob Kaiser als dem führenden Repräsentanten der oppositionellen christlichen Gewerkschaftsrichtung sowie um den Sozialdemokraten Julius Leber. Der Kaufmann Ludwig Schwenck stand außerdem in ständi-

101 Siehe hierzu den autobiografischen Bericht: HEINRICH ROOS: Was heißt Widerstand im Dritten Reich?, auszugsweise abgedruckt in: BEMBENEK/ULRICH (wie Anm. 14), S. 186-192; dazu auch: HEDWIG BRÜCHERT-SCHUNK: Beispiele bürgerlichen Widerstandes in Hessen: Der Freundeskreis Heinrich Roos in Wiesbaden und der Kaufmann-Will-Kreis in Gießen. In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 508-524, hier: S. 509-515.

gem Austausch mit seinem Wiesbadener Freund Hermann Kaiser, der seit 1941 in Berlin zu jenen Kräften gehörte, die zielstrebig auf die Beseitigung des verhassten Terrorregimes hinarbeiteten.

Der Freundeskreis um Heinrich Roos war trotzdem nicht unmittelbar in die Vorbereitungen des „20. Juli“ involviert, aber seine personellen Kapazitäten wären sicherlich – wie die so vieler anderer bürgerlicher, sozialdemokratischer und womöglich sogar kommunistischer Oppositionskreise – im Anschluss an eine erfolgreiche Aktion gegen Hitler für die dann erforderliche politische Reorganisationsarbeit herangezogen worden. Weil die Gruppe nicht der reichsweiten Rasterfahndung nach dem gescheiterten Umsturz zum Opfer fiel, konnten sich ihre Mitglieder 1945 allesamt für den demokratischen Wiederaufbau zur Verfügung stellen: erst im Aufbau-Ausschuss Wiesbaden – Vertretung der antinationalsozialistischen Kräfte¹⁰², dann oftmals auch im Rahmen der sich als überkonfessionelle Sammlungspartei des Bürgertums konstituierenden CDU. Während Martin Nischalke z.B. nach entsprechenden Vorstößen seiner Freunde durch die US-Militärregierung erst zum Regierungsvizepräsidenten und bald darauf zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden ernannt wurde, wirkte Heinrich Roos bis 1954 als Wiesbadener CDU-Stadtkämmerer und machte sich in dieser Zeit verdient um den Wiederaufbau der Stadt.

Wilhelm Leuschners ziviles Vertrauensleutenetz und der „20. Juli“

Seit etwa Mitte der 1930er Jahre waren die großen Verteilernetze für die vom SPD-Parteivorstand aus dem tschechoslowakischen Exil nach Deutschland eingeschleuste „Sozialistische Aktion“ und anderes Propagandamaterial im Reichsmaßstab weitgehend zerschlagen. Gleichwohl bestanden landauf, landab sozialdemokratische Resistenzkerne fort. Diese verzichteten aber fortan auf die Agitationsformen der Vorjahre, da sich das mit der massenhaften Verbreitung antinazistischer Flugblätter und Zeitungen verbundene Verhaftungsrisiko als viel zu hoch erwiesen hatte. Im Wesentlichen beschränkten sich die sozialdemokratischen Aktivisten in den nächsten Jahren darauf, ihren arg zusammengeschmolzenen Stamm von Getreuen zusammenzuhalten und antinazistisch zu beeinflussen. Damit sollte erreicht werden, dass für die Zeit nach dem Ende des NS-Regimes genügend entsprechend qualifizierte Kräfte zur Verfügung stünden, mit denen dann umgehend die politische Reorganisationsarbeit in Angriff genommen werden könnte. Auch jene Sozialdemokraten, die bereits inhaftiert worden waren und nun wieder freikamen, verhielten sich begreiflicherweise fortan überaus vorsichtig, zumal wenn sie weiterhin widerstandsgewillt waren. Aber auch jetzt noch kam es immer wieder zu Fühlungen zwischen einzelnen lokalen Widerstandsstrukturen und außerdem sogar zu Versuchen, diese gegebenenfalls wieder überregional zu vernetzen. Das Wissen um solche brisanten Kontakte blieb nun jedoch in der Regel auf die an solchen Aktivitäten unmittelbar beteiligten Spitzenfunktionäre beschränkt. Dadurch ließ sich die Gefahr erheblich verringern, dass die Gestapo – wie es vordem oft genug geschehen war – im Anschluss an Einzelfestnahmen ganze Strukturbereiche mit jeweils recht zahlrei-

102 Siehe hierzu: ULRICH (wie Anm. 93).

chen Oppositionellen aufrollen konnte. Ähnlich umsichtig verhielten sich die bis dahin nicht enttarnten Reststrukturen des Widerstandes sozialdemokratisch orientierter Gewerkschaftsorganisationen.

Geraume Zeit nach seiner Entlassung aus der KZ-Haft im Sommer 1934 machte sich der sozialdemokratische Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner¹⁰³ daran, von Berlin aus ein schließlich im ganzen Deutschen Reich weit verzweigtes informelles Kontaktnetz sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Widerstandskräfte zu knüpfen. Seine Aktivitäten, die zunächst vor allem im Zusammenhang mit der Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften¹⁰⁴ standen, tarnte er seit 1936 geschickt als Geschäftsreisen für seine Firma zur Herstellung von Armaturen, Bierzapfhähnen und ähnlichen Produkten, in der zuvor bereits mehrere frühere Gewerkschafts- und SPD-Funktionäre beschäftigt waren. Im Jahr darauf trat außerdem Hermann Maaß, einst Geschäftsführer des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, als Prokurist in den Betrieb ein, um künftig zugleich als einer von Leuschners wichtigsten Vertrauten im Widerstand zu wirken.

Schon 1936 und 1937 erarbeiteten Leuschner, der christliche Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser und Max Habermann von der früheren Führungsspitze des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Denkschriften und Stellungnahmen, mit denen sie gegenüber den Militärs Werner von Fritsch, Ludwig Beck, Friedrich Fromm und Friedrich Olbricht die brutale und unwürdige Behandlung der Arbeiterschaft und der Juden durch das NS-Regime anprangerten. Als 1938 durch antinazistische Kreise aus Bürgertum und Militär erstmals eine gemeinsame Aktion gegen Hitler erwogen wurde, war Leuschner bereits eingeweiht. Im folgenden Jahr glaubten er und seine Mitstreiter sogar, im Anschluss an einen damals erneut beabsichtigten Putsch den Generalstreik ausrufen zu können; sie entsandten daher schon Emissäre in die wichtigsten Zentren der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Untergrundbewegung, um diese auf das Vorhaben einzuschwören.¹⁰⁵

Seit Anfang der 1940er Jahre wurde der Aufbau eines reichsweiten sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Vertrauensleutenetzes durch Leuschner und seine inzwischen gleichfalls aus dem KZ entlassenen Parteifreunde Julius Leber, Carlo Mierendorff und Theodor Haubach sowie etliche andere forciert betrieben. Auch diese zügig erweiterte Widerstandsstruktur sollte erst nach einem erfolgreichen militärischen Umsturzunternehmen aktiviert werden, um die Aktion sodann in demokratische Bahnen zu lenken. Allerdings konnte infolge der ständigen Einberufungen zur Wehrmacht fast nur noch auf ältere frühere Funktionsträger aus Gewerkschaften und Partei zurückgegriffen werden. In nahezu allen größeren und kleineren Städten, aber auch in zahlreichen Ortschaften auf dem Lande stan-

103 LEITHÄUSER (wie Anm. 9).

104 Siehe vor allem: BEIER (wie Anm. 52); mit massiver Kritik nicht zuletzt hinsichtlich Beiers Grundannahme eines Masseneinflusses jenes Gremiums von geradezu gigantischem Ausmaß: BUSCHAK (wie Anm. 52), S. 16 u. S. 207-211, dort auch zur Rolle Leuschners im Zusammenhang mit dem „20. Juli“: S. 239-262; wesentlich differenzierter zur Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften dagegen z.B.: MIELKE/FRESE (wie Anm. 52), Einleitung S. 21-27 sowie Dokumente 18-53.

105 HOFFMANN (wie Anm. 62); BUSCHAK (wie Anm. 52), S. 243f.

den bald erfahrene und zuverlässige Vertrauensleute bereit, um in der Stunde X hervorzutreten. Zuvor hatten diese dafür zu sorgen, das Kontaktnetz vor Ort jeweils personell zu verbreitern. Außerdem hatte Leuschner inzwischen sein Konzept einer „Deutschen Gewerkschaft“ als Übergangslösung für die Zeit nach Hitler ausgearbeitet: Diese sollte weitgehend die Funktionen der faschistischen „Deutschen Arbeitsfront“ übernehmen. Für die betriebliche wie überbetriebliche Mitbestimmung sollte sie darüber hinaus genauso zuständig sein wie für Sozialpolitik, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz, für Sozial- und Arbeitslosenversicherung sowie die Arbeitsvermittlung. Für die neun Abteilungen der Reichsleitung der in dreizehn Industrieverbände gegliederten zentralistischen, dazu parteipolitisch neutralen Gewerkschaftsorganisation waren schon bewährte antinazistische Funktionäre ausersehen, auch für die zwölf Bezirkssekretariate. Der Bezirk Südwestdeutschland hätte dabei in etwa das Gebiet der heutigen Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland umfasst.

Die zwischen Leuschner, Leber sowie anderen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären bestehenden Kontakte zur Führungsebene der bürgerlich-konservativen und militärischen Opposition um den früheren Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler und Generaloberst a.D. Ludwig Beck, vordem Generalstabschef des Heeres,¹⁰⁶ waren die Grundvoraussetzung für das geplante gemeinsame Vorgehen gegen den Diktator. 1941 wurde zudem die Verbindung des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Untergrundes mit dem „Kreisauer Kreis“ um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg hergestellt. Im Sommer 1943 kam es zwischen Moltke und Leuschner freilich zum Zerwürfnis, in dessen Folge sich Letzterer wieder zurückzog. Die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Untergrundbewegung wurde in den Kreisauer Beratungen seitdem hauptsächlich durch den früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Julius Leber, aber auch durch den einstigen Reichsbannerführer Theodor Haubach repräsentiert. Beiden oblag darüber hinaus die Aufgabe, die Organisationsreste der SPD im Reich neu zu formieren. Der für jene beiden Bereiche der antinazistischen Opposition nicht minder wichtige Carlo Mierendorff¹⁰⁷, der Pfingsten 1943 seinen flammenden Aufruf zur „Sozialistischen Aktion“ als Neun-Punkte-Programm für eine „überparteiliche Volksbewegung zur Rettung Deutschlands“¹⁰⁸ formuliert hatte, kam Ende jenes Jahres bei einem Luftangriff auf Leipzig ums Leben.

Seit 1943/44 wurden zunehmend bis dahin weitgehend autonom gebliebene bürgerliche Widerstandsgruppen¹⁰⁹, ebenso die gleichfalls deutlich schwächer

106 Goerdeler wie Beck waren 1937 bzw. 1938 aus ihren Funktionen ausgeschieden, weil sie – aus jeweils unterschiedlichen Gründen – den Kurs der braunen Machthaber nicht mehr mitzutragen gewillt gewesen waren.

107 ALBRECHT (wie Anm. 10); AMLUNG/RICHTER/THIED (wie Anm. 10).

108 Das Programm ist abgedruckt z.B. in: ALBRECHT (wie Anm. 10), S. 222ff.

109 So hat etwa Fabian von Schlabrendorff – leider ohne Nennung von Orten und Namen – berichtet, dass er ab Herbst 1933 in Pommern und in Rheinhessen in zäher Kleinarbeit antinazistische Zellen initiiert und „der Oppositionsbewegung eingegliedert“ habe. DERS.: Offiziere gegen Hitler. Neue, durchges. u. erw. Ausg. von WALTER BUBMANN. Nach der Edition von GERO VON GAEVERNITZ. Berlin 1984, S. 27. – Jedenfalls sollte nicht zuletzt auch auf solche, im Kern zwar teilweise bereits lange vorhandenen, wenngleich im Laufe der

ausgeprägten konspirativen Strukturen christlicher sowie liberaler Gewerkschafter und dazu noch verschiedene protestantische, katholische, demokratische und liberale Einzelpersonlichkeiten informell in das zivile Vertrauensleutenetz Leuschners und seiner Freunde eingeklinkt. Gleichzeitig wurden für die einzelnen Wehrkreise so genannte Politische Beauftragte sowie Unterbeauftragte bestimmt. Diese sollten in der eigentlichen Umsturzphase über entsprechende Verbindungsoffiziere beratenden Einfluss auf die Kommandeure der Stellvertretenden Generalkommandos nehmen. Unmittelbar danach hätte den Politischen Beauftragten die Funktion von Oberpräsidenten der ihnen zugewiesenen Landesteile zufallen sollen. Im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos des Wehrkreises XII Wiesbaden¹¹⁰, zuständig u.a. für das westliche Rhein-Main-Gebiet, Rheinhessen, die Pfalz und das Saarland, sollte Leuschners enger Freund und Mitstreiter, der ebenfalls in den „Kreisauer Kreis“ involvierte frühere hessische Staatsrat Ludwig Schwamb¹¹¹ die Aufgabe des Politischen Beauftragten übernehmen. Als Unterbeauftragter, d.h. als Stellvertreter Schwambs, war Bartholomäus Koßmann¹¹² aus Saarbrücken eingesetzt, einst Reichstagsabgeordneter für das Zentrum im Wahlkreis 21 Koblenz-Trier-Birkenfeld sowie Vorsitzender der katholischen Bergarbeitergewerkschaft in Neunkirchen-Saar. Als Verbindungsoffizier zwischen dem zivilen und dem militärischen Flügel der Fronde im Wehrkreis XII sollte Hauptmann der Reserve Hermann Kaiser¹¹³ vom Oberkommando des Heeres fungieren, im Zivilberuf Studienrat an der Wiesbadener Oranienschule. Bereits Ende 1943 und Anfang 1944 erfolgte erstmals die Alarmierung der

Zeit in ihrem personellen Kernbestand nicht selten beträchtlich ausgedünnten Oppositionsgruppen sofort nach einem erfolgreichen Militärschlag zurückgegriffen werden.

- 110 Siehe hierzu: AXEL ULRICH: Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen nach Wiesbaden. In: PETER JOACHIM RIEDLE (Hrsg.): Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Beiträge von GERHARD BEIER, LOTHAR BEMBENEK, ROLF FABER, PETER M. KAISER und AXEL ULRICH, hrsg. v. Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden – Stadtarchiv. Wiesbaden 1996 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 5), S. 11-61.
- 111 ARTHUR EGON BRATU: Ludwig Schwamb. In: VON ARETIN (wie Anm. 61), S. 82-89; ANTON MARIA KEIM: Ludwig Schwamb und die Widerstandsbewegung im Rhein-Main-Gebiet. In: MEYER/BERKESSEL (wie Anm. 3), S. 400-406; ebenso die biografische Skizze von GERHARD BEIER: Wilhelm Leuschner und das Verbindungsnetz sozialistischer Vertrauensleute in Hessen. In: KNIGGE-TESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 565-592, hier: S. 570-575.
- 112 Siehe das biografische Porträt Koßmanns in: KLAUS-MICHAEL MALLMANN/GERHARD PAUL: Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler. Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945. Bd. 1, Hrsg.: HANS-WALTER HERRMANN. Bonn 1989, S. 137-145; MARTIN SCHUMACHER (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945. Eine biographische Dokumentation. Mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich. 3., erhebl. erw. u. überarb. Aufl. Düsseldorf 1994 (Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn), S. 263f., Nr. 832.
- 113 Siehe z.B.: GER VAN ROON: Hermann Kaiser und der deutsche Widerstand. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 24. Jg. (1976), S. 259-286; PETER M. KAISER: Über Hermann Kaiser. In: RIEDLE (wie Anm. 110), S. 83-100; ebenso die Dokumentenauswahl in: BEMBENEK/ULRICH (wie Anm. 14), S. 389-405 bzw. in: RIEDLE (wie Anm. 110), S. 254-269.

Politischen Beauftragten, obgleich der Anschlag auf Hitler, durch den der Umsturz eingeleitet werden sollte, dann doch zunächst ausblieb.

Nur zum Teil deckungsgleich mit jener Struktur, die sich an der geografischen Ausdehnung der Wehrkreise ausrichtete, war die von Leuschner und seinen Mitstreitern geschaffene zivile Widerstandsstruktur. Die Region zwischen Kassel und Heidelberg war dabei offenbar einer der von ihnen am besten organisierten Strukturbereiche überhaupt, der räumlich dem Bezirk Südwestdeutschland der von Leuschner geplanten „Deutschen Gewerkschaft“ entsprochen haben dürfte. Er erstreckte sich auf den Wehrkreis XII Wiesbaden und partiell auch auf den Wehrkreis IX Kassel, der ansonsten noch das Gebiet des heutigen Bundeslandes Thüringen umfasste. Das organisatorische Zentrum dieses zivilen Strukturbereichs befand sich im Rhein-Main-Gebiet.¹¹⁴ Dort und in dessen Einzugsbereich verfügten Leuschner und etliche seiner wichtigsten Mitstreiter aus der Zeit ihres politischen Handelns während der Weimarer Republik noch immer über eine beträchtliche Zahl verlässlicher und risikobereiter Freunde und Sympathisanten.

So konnte Schwamb die politische Leitung der Vertrauensleutestruktur südlich der Mainlinie dem früheren Oppenheimer Landtags- und Reichstagsabgeordneten Jakob Steffan¹¹⁵ übertragen, der erst 1940 schwer lädiert aus dem KZ entlassen worden war. Für die Organisation des politischen Strukturbereichs nördlich des Mains ließ sich der ehemalige Darmstädter SPD-Stadtrat und Führer des dortigen ADGB Willi Richter¹¹⁶ gewinnen. Dieser wurde von seinem Freund Leuschner zugleich damit betraut, den gewerkschaftlichen Widerstand im gesamten, also im nördlichen wie im südlichen Strukturbereich zu formieren und anzuleiten. Die regionale Zentrale des Vertrauensleutenetzes befand sich in Frankfurt. Der Mainzer Stützpunkt beispielsweise wurde vom einstigen SPD-Landespartei sekretär für Rheinhessen Alfred Freitag geleitet, der wiederum mit einer Gewerkschaftergruppe um Anton Calujek, bis 1933 in Mainz Bezirksleiter des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, sowie mit einem katholischen Widerstandskreis um Ernst Doller zusammenarbeitete. Weitere Stützpunk-

114 HENK (wie Anm. 60), S. 49ff. u. S. 60f.; AXEL ULRICH: 20. Juli 1944 – Versuch eines Militärputsches sowie einer politisch-sozialen Revolution. Verbindungen zum politischen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet. In: MEYER/BERKESSEL (wie Anm. 3), S. 407-427; KEIM (wie Anm. 111); BEIER: Wilhelm Leuschner und das Verbindungsnetz sozialistischer Vertrauensleute in Hessen (wie Anm. 111); WALTER MÜHLHAUSEN: Eine Denkschrift für Wilhelm Leuschner – Ludwig Bergsträsser und die Widerstandsbewegung. In: KNIGGETESCHE/ULRICH (wie Anm. 2), S. 593-611; siehe dazu den Erinnerungsbericht von WILLY KNOTHE: Menschen und Aktionen um den 20. Juli! Zum Gedenken Wilhelm Leuschners! (Juli 1951), erstmals abgedruckt im von LOTHAR BEMBENEK und AXEL ULRICH bearbeiteten Dokumentenanhang bei: RIEDLE (wie Anm. 110), S. 287-289.

115 SCHUMACHER (wie Anm. 112), S. 495f., Nr. 1537; BERNHARD SIMON: Die Abgeordneten der 1. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtages 18. Mai 1947 – 17. Mai 1951. In: FRANZ-JOSEF HEYEN (Hrsg.): Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951. Eine Veröffentlichung aus Anlaß des Rheinland-Pfalz-Tages 1984. Boppard am Rhein 1984 (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5), S. 127-183, hier: S. 176.

116 BEIER (wie Anm. 64); 1929 war Richter in das Darmstädter Stadtparlament gewählt worden, das seit jenem Jahr Stadtrat hieß.

te bestanden in Wiesbaden, Offenbach, Hanau, Friedberg, Neu-Isenburg, Darmstadt, Bensheim, Worms, Guntersblum, Oppenheim, Nierstein, Ingelheim, Bingen, Dolgesheim, Alsheim und Nieder-Olm. Allein im Gebiet zwischen Rhein, Main und Neckar sollen schätzungsweise eintausend Vertrauensleute zur Verfügung gestanden haben, hinter denen sich noch ein weitaus größeres Kontingent aktionsgewillter Gefolgsleute bereitgehalten haben soll.¹¹⁷

Da das Attentat Claus Graf Schenk von Stauffenbergs auf Hitler und das anschließende militärische Umsturzunternehmen am 20. Juli 1944 fehlschlugen, wäre es glatter Selbstmord gewesen, wenn sich die zivilen Widerstandskräfte trotzdem hervorgewagt hätten. Für sie galt es nun, unter allen Umständen in Deckung zu bleiben, um für die demokratische Reorganisation nach dem sich bereits deutlich abzeichnenden Ende des NS-Regimes parat zu sein. Trotz schwerster Folterungen während ihrer Verhöre gaben Wilhelm Leuschner und die mit ihm verhafteten reichsweit wichtigsten Funktionäre jener Widerstandsstruktur, darunter Ludwig Schwamb, keine wirklich relevanten Informationen preis und denunzierten vor allem auch keine Mitstreiter aus der zweiten Reihe ihrer Phalanx. Während sie selbst ihre Freiheitsliebe und Gesinnungstreue mit dem Leben büßen mussten, schufen sie so gleichwohl die Voraussetzung dafür, dass ihre nicht entdeckten Getreuen sich nach der Befreiung vom Nazi-Joch für die Errichtung der zweiten Demokratie auf deutschem Boden ins Zeug legen konnten: Jakob Steffan z.B. wirkte von 1946 bis 1949 als Innenminister sowie von 1949 bis 1950 als Sozialminister in Rheinland-Pfalz. Und Willi Richter wurde 1949 Bundestagsabgeordneter und 1956 Vorsitzender des DGB. Insofern ist das breite Widerstandsbündnis der Erhebung vom „20. Juli“ nicht ohne Nachhall geblieben, sondern gehört im Rückblick vielmehr – wie der antinazistische Widerstand generell¹¹⁸ – zu den politischen Fundamenten unserer Demokratie.

117 Diese hohen Zahlenangaben Emil Henks wurden durch die Widerstandsforschung immer wieder angezweifelt. Es hat sich indes durch die Erschließung weiterer Quellen gezeigt, dass tatsächlich weit über 500 Personen allein im Rhein-Main-Gebiet in das Leuschner-Netzwerk einbezogen gewesen sein müssen. – Siehe ergänzend den Bericht über meinen am 26. Oktober 1994 im Rahmen der Mainzer Geschichtsabende gehaltenen Vortrag über den 20. Juli 1944 und seine Verbindungen im Rhein-Main-Gebiet mit weiteren Hinweisen u.a. auf die Leiter der diversen dortigen Leuschner-Stützpunkte, in: Mainzer Geschichtsblätter, Heft 10: Zwischen Aufbruch und Krise: Die Zwanziger Jahre. Mainz 1995/96, S. 199-201.

118 Auch die deutschen Kommunisten vertraten in der ersten Zeit nach der Befreiung dezidiert radikaldemokratische Positionen, sodass sie damals vielfach als akzeptable Gesprächspartner sogar für die westlichen Besatzungsmächte sowie zum Teil auch für die sich rasch reorganisierende SPD und die neu ins Leben gerufenen bürgerlichen Parteien galten. Allerdings sorgte ihre mentale Fixierung auf Stalin und dessen „Vaterland aller Werktätigen“ dafür, dass sie sich schon sehr bald wieder als verlängerter Arm Moskaus gerierten, womit sie sich als politischer Partner im neu entstandenen demokratischen Parteiengefüge der westlichen Besatzungszonen und dann auch der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig diskreditierten.

Zitierweise:

Ulrich, Axel: Kampf gegen Hitler. Zum politischen Widerstand gegen das NS-Regime im Rhein-Main-Gebiet, in: NS-Herrschaft, Verfolgung und Widerstand. Mainz 2004 (= Mainzer Geschichtsblätter, 13), S. 105-159.